



SCHWEIZER REVUE

Die Zeitschrift für Auslandschweizer
Oktober 2021

**Das Schweizer Gesundheitswesen
droht selbst zum Pflegefall zu werden**

**Nirgends ist die Landesgrenze weiter weg:
Trotzdem ist Uetendorf mit Grenzen vertraut**

**Der umstrittene Winkelried der Schweizer Kiffer:
Bernard Rappaz, Hanfbauer und Behördenschreck**

Bedürfnisse sind verschieden – deshalb behandeln wir alle Auslandschweizer wie Unikate.

Wir bieten Ihnen eine persönliche und professionelle Betreuung, die höchsten Qualitätsansprüchen genügt.

zkb.ch/auslandschweizer



Ein Plus an Sicherheit

Kisten gepackt, Nachmieter gefunden, Auto verkauft – und wie sieht es mit Ihrer Krankenversicherung im Ausland aus?

Die KPT ist anerkannte Spezialistin für Ausland-Krankenversicherungen. Bei uns profitieren Sie von nützlichen Services und einer persönlichen Beratung.

Wir sind für Sie da – in sämtlichen Zeitzonen rund um den Globus.

Kontaktieren Sie uns einfach. Wir freuen uns auf Sie.

Team International
+41 (0)58 310 93 99
international@kpt.ch

kpt: die krankenkasse
mit dem plus



Ungesundes Schweizer Gesundheitswesen

5 Briefkasten

6 Schwerpunkt

Das Gesundheitspersonal der Schweiz ist am Limit

10 Gesehen

Fussballer-Jubel und Fussballer-Tränen für eine kleine Ewigkeit

12 Gesellschaft

Geht es um Hanf, kennt Bernard Rappaz keine Grenzen

15 Literatur

Alfred A. Häslers Werk «Das Boot ist voll» öffnete vielen die Augen

16 Wissenschaft

Ein Schweizer Sommer der Extreme

Nachrichten aus Ihrer Region

17 Reportage

Das bernische Uetendorf ist der grenzfernste Ort der Schweiz

20 Politik

Eine umstrittene Idee: Richter auslosen statt auswählen

21 Schweizer Zahlen

22 SwissCommunity-News

Filippo Lombardi folgt auf Remo Gysin als neuer Präsident der ASO

Der neue Auslandschweizererrat: die Namen aller Gewählten

27 Aus dem Bundeshaus

30 Gelesen / Gehört

31 Herausgepickt / Nachrichten



Die Zahl ist gross, vor allem aber völlig abstrakt: 82 000 000 000 Franken. So viel kostet das Schweizer Gesundheitswesen pro Jahr. Ist das viel? Ist das wenig?

Erst, wer die Summe aufs Überblickbare herabbricht, erhält eine fassbare Grösse: Jeden Monat kostet das Schweizer Gesundheitswesen 800 Franken pro Person. Oder 3200 Franken für die durchschnittliche vierköpfige Familie – pro Monat. Ein erheblicher Teil

dieser Kosten lastet direkt auf den Familienbudgets. So sind etwa die Prämien der in der Schweiz obligatorischen Krankenversicherung beeindruckend – oder je nach Einkommensverhältnissen bedrückend – hoch. Im gleichen Atemzug gilt es zu betonen: Selbstverständlich ist das Schweizer Gesundheitswesen nicht nur teuer, sondern von vergleichsweise hervorragender Qualität. Und gleichwohl ist es alles andere als perfekt.

Genau dort, wo Medizin und Pflege ihr menschliches Gesicht zeigen müssten, arbeiten Menschen zunehmend am Limit, und dies keineswegs erst seit der Corona-Pandemie. Der Druck hat ein ungesundes Mass angenommen. Weil die Alterung der Gesellschaft den Bedarf an Pflege immer weiter steigen lässt, nimmt die Belastung laufend zu. Das Gesundheitspersonal selbst droht zum ernsthaften Krankheitsfall zu werden, wie der Schwerpunkt dieser «Schweizer Revue» zeigt.

Eine Volksinitiative, über die wir am 28. November abstimmen dürfen, fordert nun eine Zäsur: Nicht nur sollen die Stellenetats in der Pflege erhöht werden, auch in die Ausbildung soll wesentlich mehr investiert werden. Kaum jemand behauptet, die Forderungen seien völlig unberechtigt. Und doch illustriert die Initiative auch ein Dilemma: Trägt man den Forderungen Rechnung und steigt der Personaletat, dürften die bereits beeindruckend hohen Kosten fürs «Gesundheitssystem Schweiz» weiter steigen – und die Kur, die das Gesundheitswesen als Ganzes gesunden liesse, ist weiterhin unbekannt.

Ein Leiden völlig anderer Art plagt viele im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer. Seit der Bundesrat die Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Rahmenabkommen abgebrochen hat, fürchten insbesondere viele der in der EU lebenden Landsleute, dass sie über kurz oder lang Nachteile hinzunehmen haben. Dazu gesellt sich der Unmut, dass es für viele in der Fünften Schweiz schwieriger geworden ist, per Stimmzettel die Schweizer Politik mitzuprägen.

Für den neu gewählten Präsidenten der Auslandschweizer-Organisation, den Tessiner Politiker Filippo Lombardi, und für den gründlich erneuerten Auslandschweizererrat heisst das vor allem eines: Sie dürfen sich als Neue zuerst mit ein paar altbekannten Herausforderungen herumschlagen.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Eine Ausbildung in der Schweiz? Wir beraten Sie gerne!

info@educationsuisse.ch Tel. +41 (0)31 356 61 04
www.educationsuisse.ch



TISSOT
SWISS WATCHES SINCE 1853

MIT TISSOT, DEN „INNOVATORS BY TRADITION“, ZURÜCK ZU DEN WURZELN

Die Geschichte von Tissot begann 1853 im beschaulichen Schweizer Le Locle. Inzwischen ist die Marke der Marktführer nach Volumen im Bereich traditioneller Schweizer Uhrmacherei. Das Traditionshaus ist stolz auf seine Wurzeln und konnte sich im Ausland als Botschafter positionieren, indem es Werte wie Tradition und Innovation transportierte. Über den ganzen Lauf seiner Geschichte prägte Tissot all seine Produkte mit diesen beiden Eckpfeilern. Mit der Registration bei SwissCommunity Netzwerk bedankt sich Tissot bei Ihnen, liebe Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, Botschafterinnen und Botschafter unseres Landes in der ganzen Welt, indem sie Ihnen auf ihrer offiziellen Website einen Rabatt von **15%** auf die gesamte Kollektion gewährt.

www.swisscommunity.org/tissot - Official website | Tissot (tissotwatches.com)

Werden auch Sie ein Teil der grössten SwissCommunity!



Entdecken Sie andere Schweizerinnen und Schweizer mit den gleichen Interessen in Ihrer Nähe, tauschen Sie Erfahrungen aus, teilen Sie Tipps, profitieren Sie von den Schnäppchen anderer Mitglieder, finden Sie Geschäftspartner.

All dies ist in der SwissCommunity möglich. Jetzt anmelden: <https://members.swisscommunity.org>.

**Swiss
Community**

Auslandschweizer
Organisation (ASO)

Unsere Partner:

Schweiz Tourismus.



Swiss Travel System.



BCGE



SWI swissinfo.ch

Sind junge Schweizerinnen und Schweizer mit 16 reif für die Politik?



Ich denke, dass es keine gute Idee ist, denn die Jugendlichen sind leichter beeinflussbar, je jünger sie sind. Leichte Opfer für die extremen politischen Parteien, die auf Stimmenfang aus sind. Das geht eher den Bach hinunter, eine Entwicklung, die das Land in ein endloses politisches Chaos stürzen könnte ...

RENAUD WICKY, BALI, INDONESIA

Ich kenne viele 16-Jährige, die sehr viel reifer sind als Leute, die doppelt so alt sind wie sie, einige Politiker eingeschlossen. Ich bin 70 Jahre alt und stelle fest, dass Jugendliche viel besser über Weltereignisse Bescheid wissen als ich damals in ihrem Alter. Es sind die Jungen, die den Lead beim Klimawandel übernommen haben, dem wohl wichtigsten Anliegen unserer Zeit. Deshalb bin ich voll und ganz dafür, dass das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre gesenkt wird.

RICHARD JAKOB-HOFF, NEUSEELAND

Auf jeden Fall sollte es gesenkt werden. Zumindest auf Gemeinde- und Kantonsebene. Es gibt keinen Grund, warum dies nicht umgesetzt werden könnte, während andere Vorlagen den etwas Älteren vorbehalten bleiben. Zum Beispiel wäre die Beteiligung und die Wahlfähigkeit auf Bundesebene möglich, wenn man militär- oder zivildienstpflichtig wird. All dies sollte im Hinblick auf die Zukunft neu überdacht werden.

MARC SPARGNAPANI, USA

Ich finde, mit 16 Jahren sind die wenigsten fähig, in der Politik mitzureden. Täglich sehe ich die Jugendlichen beim Feiern, politisch wenig interessiert, wenn man sie fragt. Meine Meinung: Das Stimmrechtsalter soll bei 18 Jahren bleiben.

KARIN KRÄUCHI, GRAZ, ÖSTERREICH

Zunächst einmal: ein sehr gutes Thema! Mit 16 zu wählen ist eine gute Idee. Es wird Vor- und Nachteile geben. Am wichtigsten ist vor allem die Entwicklung eines Gefühls der Verantwortung für das Land: Wir müssen den jungen Leuten zeigen, dass wir ihnen vertrauen.

ÖNDER ERDOGAN, TÜRKEI

Auf keinen Fall! Ich komme aus Argentinien, wo das Wahlrechtsalter aus einem einfachen Grund gesenkt wurde: Junge Leute denken nicht über ihre Zukunft nach und lassen sich leicht von Ideen beeindrucken, die toll tönen, aber letztlich

das Land ins Unglück stürzen. Sie sind nicht reif genug, um zu analysieren und Entscheidungen in wirtschaftlichen und politischen Dingen zu treffen.

AXEL HALLEY, IRLAND

Stimmrecht mit 16, ja, damit den Bestrebungen und Zielen der Jüngeren Rechnung getragen wird. Man zählt darauf, dass sie unsere Dummheiten korrigieren werden. Die Gegner dieses Vorschlags versuchen, egoistisch ihre Vorteile zu bewahren. Es wäre auch interessant, wenn in den Schulen mehr über Handel, Unternehmen, politische Strukturen, die Führung eines Familienhaushalts usw. gesprochen würde.

JEAN-PIERRE MAIRE, SPANIEN

Stimmrechtsalter 16 ist unverantwortlich. 16-Jährige sind nicht reif genug und absolut beeinflussbar, sodass niemals eine gerechte Entscheidung, Stimmabgabe getroffen werden kann. Es braucht eine gewisse Lebenserfahrung, um wichtige Entscheidungen zu treffen. Demokratie heisst auch in einer Abstimmung, nicht nur für sich selbst zu schauen, sondern auch für die Allgemeinheit etwas zu bewegen.

RENATO BESOMI, JAVEA, SPANIEN

Sind 16-Jährige wirklich unfähig, in der Politik mitzureden? Die demokratische Politik ist im Grunde genommen doch eine reine Interessenpolitik. Sind die Interessen der 16-Jährigen heute vielleicht weniger relevant als die der Älteren? Nicht genug qualitativ? Ein Blick auf den Globus genügt mir, eher das Gegenteil zu glauben und mir die Frage zu stellen, ob es nicht sinnvoll wäre, das Wahlrecht nach oben hin zu begrenzen.

ARYE-ISAAC OPHIR, ISRAEL

War ich mit 18 bereit, zu wählen und abzustimmen? Ich weiss es nicht. Hätte ich mit 16 abgestimmt, wenn ich es hätte tun können? Ja, sicher. Hätte ich gleich abgestimmt wie jetzt, wo ich viermal so alt bin? Vermutlich nicht. Was also spräche gegen ein Stimmrechtsalter 16? Das grösste Problem, das ich mit 18 Jahren beim Abstimmen hatte, war der Mangel an Informationen. Heute sind Informationen verfügbar und es gibt keinen Grund, warum eine 16-jährige Person nicht eine vernünftige Entscheidung sollte treffen können. Ist es uns vielleicht deshalb nicht wohl bei einer Senkung des Stimmrechtsalters, weil dies für zu viel Unruhe sorgen würde? Ich wäre jederzeit für eine Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre.

KURT FEHLMANN, AUSTRALIEN

IMPRESSUM:
«Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, erscheint im 47. Jahrgang in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache in 14 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 431 000 Exemplaren (davon 253 000 elektronische Exemplare).

Regionalnachrichten erscheinen viermal im Jahr. Die Auftraggeber von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.
REDAKTION: Marc Lettau, Chefredaktor (MUL); Stéphane Herzog (SH); Theodora Peter (TP); Susanne Wenger (SWE);

Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, Rubrik «Aus dem Bundeshaus».
REDAKTIONSASSISTENZ: Sandra Krebs
ÜBERSETZUNG: SwissGlobal Language Services AG; GESTALTUNG: Joseph Haas
POSTADRESSE: Herausgeber/Sitz der Redaktion/Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation,

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
Tel. +41 31 356 61 10; Bankverbindung: CH97 0079 0016 1294 4609 8 / KBBECH22
E-MAIL: revue@swisscommunity.org
DRUCK & PRODUKTION: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen.
Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizerinnen und -schweizer erhalten das Magazin gratis.

Nichtauslandschweizer können das Magazin für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.–). Abonnenten wird das Magazin manuell aus Bern zugestellt.
www.revue.ch

REDAKTIONSSCHLUSS dieser Ausgabe: 11. August 2021

ÄNDERUNGEN in der Zustellung teilen Sie bitte direkt Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit. Die Redaktion hat keinen Zugriff auf Ihre Daten.



Das Gesundheitswesen der Schweiz droht selbst zum Pflegefall zu werden

Die Bevölkerung der Schweiz altert, die Zahl komplexer Krankheitsfälle steigt. Das ist fürs hochstehende Schweizer Gesundheitswesen eine enorme Herausforderung. Verschärft wird sie durch den Mangel an gut ausgebildetem Personal: Jene, die pflegen, sind stark gefordert – und arbeiten immer häufiger am Limit.

EVELINE RUTZ

Die Kosten steigen, Reformpläne scheitern und Fachkräfte fehlen: Im Schweizer Gesundheitswesen läuft einiges nicht gut. Das Pflegepersonal hat schon vor Corona Alarm geschlagen. Es klagt über schlechte Arbeitsbedingungen und fehlende Wertschätzung. Nach eineinhalb Jahren Pandemie ist es körperlich und emotional definitiv erschöpft (siehe auch «Schweizer Revue» 4/2021). Der Druck auf die Pflege steigt allerdings weiter, weil demografische und gesellschaftliche Entwicklungen die Situation stetig verschärfen. Gemäss Prognosen dürften bis 2030 rund 65 000 Pflegendе fehlen. Personalverbände und Fachleute warnen vor einem Notstand. Die Volksinitiative «für eine starke Pflege» soll helfen, einen solchen abzuwenden. Am 28. November 2021 stimmt das Volk über diese Initiative ab.

Viele hängen den Beruf an den Nagel

In der Schweiz arbeiten rund 214 200 Personen im Pflegebereich. Die meisten sind in Spitälern (45 Prozent) und Pflegeheimen (41 Prozent) tätig. 14 Prozent sind bei Spitex-Organisationen angestellt. Und viele Pflegerinnen und Pfleger arbeiten Teilzeit. Ein 100-Prozent-Pensum

sei kaum zu bewältigen, berichten sie. Das allgemeine Bild: Der Schichtbetrieb erschwert es, privaten Interessen und familiären Verpflichtungen nachzukommen; die Arbeit ist physisch und psychisch belastend; und der Spardruck im Gesundheitswesen führt dazu, dass Abteilungen minimal besetzt und zur Effizienz angehalten werden. Pflegendе haben oft wenig Zeit, um auf individuelle Bedürfnisse einzugehen und mit Patienten über scheinbar Nebensächliches zu plaudern. Sie leiden darunter, dass sie ihren Beruf nicht so ausüben können, wie sie es angemessen fänden. Viele steigen daher vorzeitig aus. Ein Drittel jener, die sich vom Pflegeberuf abwenden, ist noch nicht einmal 35 Jahre alt.

Zugewanderte füllen Lücken

Im Pflegebereich sind in der Schweiz so viele Stellen ausgeschrieben wie noch nie. Personalverantwortliche haben Mühe, sie zu besetzen. Sie suchen deshalb die Fachkräfte häufig im Ausland. Von der Ärzteschaft des Ostschweizer Kinderspitals beispielsweise haben 42 Prozent einen Schweizer, 36 Prozent einen deutschen und 8 Prozent einen österreichischen Pass. Das diplomierte Pflegepersonal besteht



Mangelt es an Gesundheitspersonal, kommt im Pflegealltag der menschliche Kontakt oft zu kurz. Wegen der Alterung der Gesellschaft wird sich diese Tendenz weiter verschärfen. Foto Keystone

hingegen zu 86 Prozent aus Mitarbeitenden aus dem Inland. Die Universitätsspitäler Zürich und Lausanne hingegen setzen im Pflegebereich deutlich stärker auf ausländische Arbeitnehmende, zu rund 60 respektive 50 Prozent. Auch Privathaushalte engagieren vermehrt Pflegerinnen aus Deutschland und Osteuropa. Diese Frauen stehen fast rund um die Uhr im Einsatz, verdienen vergleichsweise wenig und reisen nach ein paar Monaten in ihre Heimat zurück.

Der Weg, die Lücken im Personalbestand mit Fachkräften aus dem Ausland zu füllen, ist aus ethischen Gründen problematisch: Die Schweiz zählt auf Menschen, welche in anderen Staaten ausgebildet wurden – und dort fehlen. In Zukunft dürfte die Rekrutierung im Ausland schwieriger werden. Die Herkunftsländer bemühen sich nämlich verstärkt darum, ihre Fachleute zu behalten. Gleichzeitig wird in der Schweiz der Personalbedarf weiter deutlich ansteigen, unter anderem wegen der Alterung der Gesellschaft.

Viel Wissen, wenig Autonomie

Gemessen an der Anzahl der Pflegekräfte pro 1000 Einwohner steht die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern gut da. Daraus auf eine

vergleichsweise komfortable Situation des Berufsstands zu schliessen, sei aber falsch, sagt Rebecca Spirig, Professorin am Institut für Pflegewissenschaft der Universität Basel: «Entscheidend ist, wer alles mitgezählt wird und wie die Personen eingesetzt werden.» In Deutschland beispielsweise ist die Wundversorgung erst vor wenigen Jahren der Pflege übergeben worden. In der Schweiz gehört es zur Grundausbildung, Injektionen zu verabreichen und Infusionen zu legen. In den USA sind sogenannte «Nurse practitioners» für die Erstversorgung der breiten Bevölkerung zuständig. Und in Holland hat sich das Modell «Buurtzorg» (Nachbarschaftshilfe) mit Pflege-Teams etabliert, die sich weitgehend selbst organisieren: Sie beraten, entscheiden, behandeln, koordinieren und ziehen bei Bedarf weitere Fachleute hinzu.

Ärzte haben eine starke Rolle

«Die Schweiz ist keine Vorreiterin», sagt Rebecca Spirig. Ihr Pflegesystem orientiere sich stark an der ärztlichen Expertise: «Die Pflegenden haben viel Wissen, können aber wenig selbst entscheiden.» Tatsächlich braucht es selbst für niederschwellige Massnahmen wie das Tragen von Kompressionsstrümpfen eine ärztliche Verordnung. Dazu



«Pflege macht krank»: Parolen wie diese trug das Gesundheitspersonal am 12. Mai 2021 durch Basels Strassen. Solche Proteste waren schon vor der Coronapandemie ein regelmässig wiederkehrendes Bild. Foto Keystone

Die Bevölkerung zahlt viel

Die Gesundheitskosten in der Schweiz sind hoch und werden zu einem grossen Teil von den Betroffenen getragen. 2018 beliefen sich die Ausgaben auf 798 Franken pro Person und Monat. Die Haushalte mussten 63 Prozent dieser Kosten übernehmen. Knapp die Hälfte davon waren durch die obligatorischen Krankenversicherungsprämien abgedeckt. Der Staat kam für rund 30 Prozent der Gesamtkosten auf, wie das Bundesamt für Statistik festhält. Der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg in den letzten Jahrzehnten signifikant: Mit 11,2 Prozent wies die Schweiz 2018 einen der höchsten Werte in Europa auf. Deutlich an der Spitze lagen mit 16,9 Prozent die USA, gefolgt von Deutschland (11,5 Prozent) und Frankreich (11,3 Prozent). Spanien lag bei 9,0 und Irland bei 6,9 Prozent. Dass in der Schweiz die Aufwände zunehmen, bereitet vielen Menschen Sorgen: Die Gesundheitskosten belegen im Schweizer «Sorgenbarometer» jeweils einen Spitzenplatz. Am meisten Geld wird in der Schweiz übrigens für Spitalaufenthalte, am wenigsten für Prävention ausgegeben. (ERU)

kommt eine gewisse Unübersichtlichkeit: Wer Pflege benötigt und in den eigenen vier Wänden lebt, hat meist mit mehreren Leistungserbringern zu tun. Spitex-Mitarbeitende helfen bei der täglichen Körperhygiene, wechseln Verbände und versorgen Wunden; Ärztinnen und Ärzte stellen Diagnosen, behandeln und verordnen Therapien; Fachleute der Physio- und der Ergotherapie führen diese durch. «In der ambulanten Versorgung fehlen einheitliche Strukturen und Prozesse», sagt Ursula Meidert von der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW). Absprachen sind oft ungenügend. Das kann zu Doppelspurigkeiten, Lücken und Fehlbehandlungen führen.

Qualität unterscheidet sich stark

Das Schweizer Gesundheitswesen ist – wie viele andere Bereiche des Alltags auch – föderal organisiert. Der Bund gibt Leitlinien vor. Die Umsetzung liegt bei den Kantonen, welche wiederum gewisse Aufgaben an die Gemeinden delegieren. Diese verantworten teilweise die Langzeitpflege und die ambulante Versorgung älterer Menschen. Wel-

Rezepte, um den Notstand abzuwenden



Was Pflegende Tag und Nacht leisten, ist der Bevölkerung spätestens im Laufe der Corona-Pandemie bewusster geworden. Die Volksinitiative «Für eine starke Pflege» will ihnen den Rücken stärken. Das Stimmvolk entscheidet am 28. November.

Das Pflegepersonal kämpft seit Jahren für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Anerkennung und Autonomie. An der Urne will der Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) nun endlich Verbesserungen erreichen. «Das Gesundheitswesen wird selbst zum Pflegefall, wenn der Beruf nicht attraktiver gemacht wird», sagt SBK-Geschäftsführerin Yvonne Ribi. Die Initiantinnen und Initianten fordern mehr Investitionen in die Aus- und Weiterbildung. Damit die Zahl an diplomierten Berufseinsteigerinnen rasch steigt, soll etwa der Ausbildungslohn erhöht werden.

Das Volksbegehren verlangt zudem, dass pro Schicht mehr Personen eingesetzt werden. Damit sollen Qualität und Patientensicherheit gewährleistet werden. Die Dienstpläne und Arbeitszeiten sollen familienfreundlicher werden. Pflegende sollen künftig eigenständiger arbeiten: Sie sollen

gewisse Leistungen in eigener Kompetenz verordnen, durchführen und abrechnen können. «Ihnen mehr Verantwortung zu geben, entlastet wiederum die Ärzteschaft», sagt dazu die Pflegewissenschaftlerin – und Initiativkomitee-Mitglied – Rebecca Spirig.

Gegenvorschlag: Ausbildungsinitiative

Die Anliegen des Pflegepersonals stossen in der Politik auf Verständnis. Das nationale Parlament hat einen Gegenvorschlag verabschiedet und unter anderem eine Ausbildungsinitiative beschlossen. Diese Offensive soll mit fast 500 Millionen Franken aus der Bundeskasse unterstützt werden. Die Kantone sollen ebenso viel Geld zur Verfügung stellen. Dem Initiativkomitee geht der Gegenvorschlag zu wenig weit. Es vermisst Massnahmen, die dazu führen, dass Pflegende ihren Beruf zufriedener und länger

ausüben. Auch seine Forderung nach einem höheren Personalschlüssel sieht es nicht erfüllt. Am 28. November wird daher das Stimmvolk das letzte Wort haben.

Der Bundesrat und die Mehrheit des Nationalrats und Ständerats sind gegen die Initiative. Sie lehnen es ab, der Berufsgruppe in der Verfassung eine Sonderstellung einzuräumen. Die Krankenkassen zählen ebenfalls zum Nein-Lager. Sie stören sich daran, dass es Pflegenden ermöglicht werden soll, gewisse Leistungen selbst anzuordnen. Sie warnen, dass dies zu mehr Behandlungen und zusätzlichen Kosten führen werde. Das Gegenteil werde der Fall sein, entgegen Befürworterinnen und Befürworter. Es spare Zeit und Geld, dass in Zukunft weniger häufig eine ärztliche Unterschrift nötig sein werde. (ERU)

che medizinischen und sozialen Dienste an einem Ort vorhanden sind und wie gut diese zusammenarbeiten, ist daher sehr unterschiedlich.

Bestrebungen, die Grundversorgung vernetzter und effizienter zu gestalten, gibt es durchaus. Gerade im ländlichen Raum sind Gemeinschaftspraxen entstanden, in denen verschiedene Berufsgruppen kooperieren. Auch Modelle mit starken Spitex-Organisationen und fließenden Übergängen zur stationären Pflege existieren. Sie werden zum Teil von der öffentlichen Hand unterstützt. «Wir haben gute Beispiele evaluiert», betont Pflegewissenschaftlerin Rebecca Spirig. Doch es fehle am politischen Willen, diese voranzutreiben und schweizweit umzusetzen. ZHAW-Forscherin Ursula Meidert teilt diesen Eindruck: «Viele Behörden handeln erst, wenn es nicht mehr anders geht.»

Akteure verfolgen eigene Interessen

Die Komplexität des Systems erschwert es, Zusammenhänge zu erkennen und auf eine längere Sicht grundlegende Reformen anzustossen. Die nationale Politik wirkt wenig entscheidungsfreudig: Sie ver-

liert sich häufig in Grundsatzdebatten und ist kaum zu Kompromissen fähig. Ideen für Verbesserungen scheitern vielfach bereits in den eidgenössischen Räten, wo gewichtige Akteure – darunter die Ärzteschaft, die Krankenkassen und die Pharmaindustrie – Einfluss nehmen. Aber auch das Stimmvolk beurteilt Reformpläne oft kritisch. 2012 lehnte es zum Beispiel eine Vorlage ab, welche die Koordination und die Qualität der Grundversorgung verbessern wollte.

Die Gegner von innovativen Konzepten warnen jeweils vor höheren Ausgaben und sprechen damit eine weit verbreitete Sorge an (siehe Zusatztext «Die Bevölkerung zahlt viel»). Studien weisen allerdings darauf hin, dass einheitliche Strukturen und effiziente Abläufe kostensenkend wirken. Arbeiten die verschiedenen Berufsgruppen besser zusammen, sind die Angestellten zudem zufriedener und bleiben dem Gesundheitswesen länger erhalten. Rebecca Spirig, die selber dem Initiativkomitee angehört, erhofft sich von der Pflegeinitiative auch einen Impuls für eine verstärkte Kooperation: «Ein Ja würde nicht nur in der Pflege, sondern im Gesundheitswesen als Ganzes Reformen anstossen.»

Historische Tränen

Das Bild berührte auch fern des Rasens: Das verweinte Gesicht des jungen Schweizer Fussballers Ruben Vargas zerfliesst auf dem kräftigen Bizeps seines Nationalmannschaftskollegen Xherdan Shaqiri, dahinter der väterliche Charakterkopf von Trainer Vladimir Petkovic, der das harte Aufwachen aus dem kleinen Schweizer Sommernachts-traum schon verarbeitet zu haben scheint.

Beinahe wäre der Coup geglückt. Die Schweiz hatte Spanien im Viertelfinal der Europameisterschaften in 120 Minuten ein 1:1 abgetrotzt, die Entscheidung über das Erreichen des Halbfinals fiel im Elfmeterschiessen. Nicht nur bei Vargas versagten die Nerven, aber nach seinem Fehlschuss war es definitiv: Die Schweiz schied aus.

Damit endete eine emotionale Reise, die im Juni 2021 unerwartet das halbe Land erwärmt hatte. Zu Beginn der EM war die Beziehung der Schweiz zu ihrer multikulturellen Fussball-Nationalmannschaft unterkühlt. Man sah in Petkovics Team vor allem Wohlstandsschnösel, denen teure Autos und gefärbte Haare mehr bedeuten als das Rackern auf dem Rasen. Es genügten zwei Siege, und alles wurde gut. Die Schweizer warfen in einem mitreissenden Match gar den überheblichen Favoriten Frankreich aus dem Turnier. Und auf einmal war die zuvor gescholtene Elf in den Augen der Schweizer Öffentlichkeit eine coole Truppe, deren Einzug in den Viertelfinal gegen Spanien als historisch gefeiert wurde.

Historisch? Nach der EM quittierte Trainer Petkovic, oft kritisiert und jetzt plötzlich hofiert, seinen Job als Couch der Nationalmannschaft und zog nach Bordeaux. Und die historischen Tränen von Ruben Vargas waren bald Geschichte. JÜRIG STEINER

Granit Xhaka



Xherdan Shaqiri, Vladimir Petkovic

Yann Sommer



Ruben Vargas



Silvan Widmer, Ruben Vargas



Der streitbare Bauer und Rebell Bernard Rappaz in seinem Element: dem Hanf. Archibild Keystone (2003)

Bernard Rappaz sieht sich als Winkelried des Cannabis

Der streitbare Walliser Hanfbauer Bernard Rappaz schaffte es am Ende selbst mit legalem Cannabis in die Schlagzeilen. Nach Zeiten des Ruhms und der Gefängnisstrafen hat sich der Rebell aber ins Dorf Isérables zurückgezogen. Die Pflanze, der er sein Leben widmete, erlebt derweil einen Aufschwung.

STÉPHANE HERZOG

Bernard Rappaz? Vor wenigen Monaten tauchte der Name plötzlich wieder auf: In einem Genfer Spezialgeschäft für CBD-Hanf – also für Hanf ohne Rauschwirkung – hielt der Geschäftsführer eine Lobrede auf seine pflanzliche Ware aus Schweizer Bioproduktion. Und er erwähnte den berühmtesten Walliser Hanfbauern Bernard Rappaz als Teilhaber des Unternehmens. Doch die vertiefende Recherche zeigte: Der Abstecher des – je nach Sichtweise – grös-

ten Hanfpioniers oder grössten Hanfdealers der Schweiz in die Genfer Geschäftswelt blieb von kurzer Dauer: «Ich habe das Unternehmen verlassen», erklärt Bernard Rappaz. Er wolle nicht mehr, dass sein Name im Zusammenhang mit dem Geschäft erwähnt werde.

Dabei erfährt Cannabis in der Schweiz gerade einen erneuten Aufschwung. Die Produktion läuft dank der Legalisierung von CBD-Hanf auf Hochtouren. Zwischen 2008 und 2020 ist die Anbaufläche der Kulturpflanze

laut dem Schweizer Bauernverband von 6 auf 320 Hektar angewachsen. Und ironischerweise prüft die Schweiz derzeit die Abgabe von – berauschem – Marihuana, was auch den Anbau der verbotenen Cannabisarten erneut ankurbeln dürfte.

Doch nun zu Rappaz' Abenteuer: Das ist das Wort, das wohl am besten auf den Walliser Bauernsohn passt, der in den 1990er-Jahren vom Aprikosen- auf den Cannabisanbau umsattelte. Quer durch seine Biografie ziehen sich Schlagzeilen, Verhaftun-

gen, Gefängnisstrafen, Prozesse und Rekurse. Das Leben des Aktivisten für Cannabis Sativa wurde zum wilden Ritt. «Rappaz? Er ist ein grossartiger Agitator», sagt der Walliser Soziologe Gabriel Bender und erwähnt, wie dieser als Gefängnisinsasse protestierte, weil es im Knast nicht genug Früchte zu essen gab. «Uns wurde die Freiheit entzogen, nicht das Dessert», monierte Rappaz damals.

«Rappaz ist Raucher und Ausräucherer», sagt Bender, der als Spezialist für Lokalgeschichte den Bernard-Rappaz-Epos mit der sehr speziellen Geschichte der Walliser Gemeinde Saxon erklärt. Ab den 1960er-Jahren wurde die Gemeinde von einem politischen Klüngel regiert, der gegen den Zustrom von Landwirtschaftsprodukten aus Italien kämpfte, aber auch die Umweltverschmutzung durch Fluor zu verantworten hatte und den Bau von Wasserkraftwerken in der Rhone vorantrieb. In den 1970er-Jahren kamen Hippies ins ländliche Saxon, das damals dringend Erntehelfer suchte. Das damals gegründete Festival de Sapinhaut vereinte Hippies, Antimilitaristen und Kirchengegner, «kurz alles, was das konservative Wallis in Rage versetzte», sagt Bender. In diesem Umfeld wuchs Bernard Rappaz auf.

Der Rückzug nach Iséables

Heute lebt Rappaz, der sagt, Cannabis liege in der Mitte zwischen Kaffee und Zigarette, in einer Zweizimmerwohnung im abgelegenen Dorf Iséables. Die AHV-Rente bildet seine Lebensgrundlage. Sein Zuhause bietet freie Sicht auf die Ebenen, auf denen er Anfang der 1990er-Jahre mit dem Hanfanbau begonnen hatte. «Je mehr THC es enthielt, desto besser», gibt Rappaz zu. Auf seinem Balkon

zieht er weiterhin Cannabis: «Die Nachbarn sind aber höflich und sagen mir, ich hätte schöne Geranien.» Als er 2016 nach Iséables zog, erhielt er zunächst Besuch vom Gemeindepräsidenten, der ihn belehrte, er habe sein Auto falsch parkiert. Dann kam der ebenfalls besorgte Pfarrer auf Visite. Aber die Skepsis hat sich gelegt. Der Ex-Häftling gilt seither als integriert.

Was hält Rappaz von den heutigen Trends, also vom nicht berauschenden CBD-Hanf und den Marihuana-Abgabeversuchen? «Ich habe selbst versucht, Cannabis mit geringem THC-Gehalt anzubauen. Die Rentabilität war jedoch mittelmässig. Aber sicher könnte im Wallis ein kleiner Teil der Weinberge durch Cannabisfelder ersetzt werden.» Denn die Pflanze wachse schnell und ohne Pflanzenschutzmittel.

Vom Indoor-Hanf-Anbau hält der umstrittene Pionier nichts. Dieser sei viel zu energiefressend. «Ich werde ei-

nen Brief an den Bund schreiben und fordern, dass für klinische Versuche nur Cannabis aus natürlicher Schweizer Produktion verwendet wird», er eifert sich Rappaz. Sucht hier einer schon wieder die mediale Aufmerksamkeit? «Für mich als Sympathisant des Buddhismus ist das Ego der ärgste Feind», lautet seine lapidare Antwort.

Zehn Jahre Haft

Wie hat er das Gefängnis erlebt? Rappaz: «Ich war mit 19 zum ersten Mal im Gefängnis, weil ich mich geweigert hatte, die Wehrpflichtersatzabgabe zu bezahlen. Insgesamt musste ich zehn Jahre einsitzen. Das Gefängnis macht Angst, da es etwas Unbekanntes ist. Ich habe mich jedoch daran gewöhnt.» In der Strafanstalt Crêtelongue im Rhonetal brachte er seinen Mitinsassen das Zurückschneiden von Obstbäumen bei. Und als Druckmittel benutzte er den Hungerstreik: «Mit



Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal in Handschellen: Bernard Rappaz vor dem Prozess in Sion im Jahr 2001.

Archivbild Keystone

120 Tagen ohne Essen habe ich alle Rekorde gebrochen.» Was es auch zur Kenntnis zu nehmen gilt: In seiner Jugend beteiligte sich Rappaz an einem Banküberfall. Die Quittung: 42 Monate Haft.

Auf seinem Hof «l'Oasis» in Chartrat spielte Rappaz mit dem Interpretationsspielraum des Gesetzes. Er verkaufte Hanf in Form von Duftkissen, Kräutertee, Öl und Fasern. 2006 wendete sich das Blatt. Der Walliser wurde vom Bezirksgericht Martigny wegen schwerer Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz, aber auch wegen einfacher Körperverletzung, Geldwäscherei, schwerer Verstösse gegen die Verkehrsregeln sowie gegen Sozialversicherungsgesetze zu einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren verurteilt. Zwischen 1997 und 2001, so zitierte «Le Nouvelliste» die Staatsanwaltschaft, habe der «grösste Cannabishändler der Schweiz» einen «kolossalen» Betäubungsmittelhandel aufgebaut und illegal fünf Millionen Franken umgesetzt. Rappaz verfügte ausserdem über einen «gigantischen» Vorrat von 52 Tonnen Hanf, was einem

Marktwert von 35 Millionen Franken entsprach. Die Strafe wurde im Berufungsverfahren bestätigt.

Eine harte Strafe

Der ehemalige Militärdienstverweigerer akzeptiert die Begründungen der Justiz nicht und bereut nichts: «Ich habe mein Leben der Verteidigung einer Pflanze gewidmet, die aus falschen Gründen verboten ist. Ich wollte ihre vielseitige Verwendung als Industrie-, Therapie- und Genussmittel testen und demonstrieren.» Für seinen Anwalt Aba Neeman wollte die Walliser Justiz Rappaz loswerden, «indem sie eine lange Haftstrafe aussprach, denn jedes Mal, wenn er aus dem Gefängnis entlassen wurde, nahm er seine Arbeit mit dem Cannabis gleich wieder auf.» Zwar gab es damals Anzeichen einer Cannabis-Liberalisierung, «aber die Richter wandten das Recht an und folgten nicht politischen Überlegungen». Für jemanden, der von sich sagt, er sei von Gandhi inspiriert worden, erstaunt die Anklage wegen Körperverletzung,

Der Bund testet die Cannabisabgabe

In der Schweiz sind seit diesem Jahr vom Bund überwachte «Pilotversuche mit kontrollierter Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken» erlaubt. Der Entscheid dazu fiel 2020 gegen den Widerstand von Mitgliedern der SVP und der CVP: «Cannabis ist gesundheitsschädlicher als Tabak und die Zahl der Abhängigen steigt ständig», sagte damals der Zuger Ständerat Peter Hegglin (Mitte). Öffentliche Körperschaften werden sich an der unter der Schirmherrschaft des Bundesamts für Gesundheit erfolgenden Cannabisabgabe beteiligen. So wurde etwa die Universität Genf beauftragt, ab 2022 Versuche durchzuführen: Untersucht wird, welches die Auswirkungen eines kontrollierten Zugangs zu Cannabis auf die physische, psychische und soziale Gesundheit der Konsumenten sind. Dafür werden tonnenweise THC-haltiges – also berauschendes – Cannabis benötigt. Der Bund fasst dafür Schweizer Produkte, «wenn möglich» bio, ins Auge. (SH)

Rappaz hatte während einer Reise in Laos einem kleinen Mädchen Ohrfeigen gegeben. Dies bestätigt auch sein Anwalt, der weiter meint: «Er ist nicht käuflich, sondern ein Idealist. Er hatte die ganze Zeit über Schulden und war in Geschäftsdingen nachlässig.»

Was für Soziologe Gabriel Bender unter dem Strich bleibt: «Rappaz erhielt für den Cannabishandel jahrelange Gefängnisstrafen, während der Walliser Weinproduzent Dominique Giroud für Steuerhinterziehung nicht ein einziges Jahr absitzen musste. Es ist ein archaisches System. Um den Weintrinker zu heiligen, muss der Hanfraucher geopfert werden.» Und ein Genfer Journalist, der den Mann aus Saxon interviewte, erinnert sich an einen sehr auf sich selbst bezogenen Charakter. «Rappaz war isoliert», meint er. Rappaz' Entgegnung: «Ich bin vorangegangen, etwa so wie Winkelried.»



Rentner Rappaz in seinem heutigen Zuhause in Isérables. Statt Geranien zieht er auf seinem Balkon selbstverständlich Cannabis.

Foto Stéphane Herzog

«Den inneren Gleichklang hörbar machen»

Alfred A. Häsler stellte mit «Das Boot ist voll» 1967 die beschämende Schweizer Flüchtlingspolitik der Jahre 1933 bis 1945 in ein helles Licht.

CHARLES LINSMAYER

2021 wäre er hundert Jahre alt geworden, der am 19. März 1921 in Wilderswil (BE) geborene und am 7. April 2009 in Zürich verstorbene Alfred A. Häsler. Wie kein anderer Schweizer Autor des 20. Jahrhunderts hat er Zeitung und Fernsehen genutzt, um den Menschen anhand des Beispiels grosser Vorbilder jene Mündigkeit und ethische Verlässlichkeit zu vermitteln, die unverzichtbare Voraussetzungen einer glaubwürdigen Demokratie sind. Mit Interviews für die Zeitung «Tat» und als Gesprächspartner von Karl Barth, Jeanne Hersch oder Carl-Friedrich von Weizsäcker am Schweizer Fernsehen ist Häsler für Generationen zum Begriff geworden.

Das Schicksal der Flüchtlinge

Seine folgenreichste Leistung aber war das aus einer Artikelserie in der «Tat» hervorgegangene Buch «Das Boot ist voll», mit dem er 1967 die Schicksale der in die Schweiz geflüchteten und vielfach wieder an die Grenze gestellten Verfolgten des Naziregimes auf eine Weise aufarbeitete, die das helvetische Selbstverständnis grundlegend veränderte. «Das Boot ist voll» machte in der Verfilmung durch Markus Imhoof sogar bis nach Hollywood Furore.

Häsler, der 24 weitere Bücher zu sozialen, politischen und kulturellen Fragen veröffentlicht hat, gehörte keineswegs zu jenen, die erst im Nachhinein zu Kritikern der unmenschlichen Schweizer Flüchtlingspolitik wurden. Schon 1939 hatte der 18-jährige Typografenlehrling leidenschaftliche Plädoyers für eine Neubesinnung der Schweiz auf ihre humane Asyltradition publiziert. 1943, als die Zensur unerträglich wurde, gab er seine eigene Untergrundzeitung – die «Stimme der Wahrheit» – heraus. Und als die Grenzen wieder aufgingen, besuchte er unter tiefer innerer Erschütterung als einer der ersten Schweizer das KZ Auschwitz.

Bald schon bekam er Gelegenheit, das Engagement in die Praxis umzusetzen. Als Begleiter von Hilfssendungen reiste er immer wieder nach Osteuropa. Da lernte er auch seine spätere Frau Zofia Pawliszewska kennen, die während des Warschauer Aufstands eine grosse Zahl Juden vor dem Zugriff der Nazis gerettet hatte. Noch ist nicht wirklich aufgearbeitet, wie es geschehen konnte, dass Häsler 1948 wegen Spendenhinterziehung verhaftet und in einem eindeutig politischen Prozess zum Opfer von Kommunistenhetze wurde. Jedenfalls ist es «Tat»-Chefredaktor Erwin

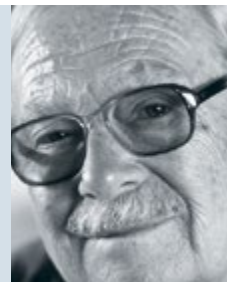
Jaeckle zu verdanken, dass Häsler nicht endgültig in der Versenkung verschwand, sondern für jenes Blatt seine Karriere als Interviewer lancieren konnte.

Aus der Geschichte lernen

Was Häsler schrieb, was er dachte, wofür er sich einsetzte, stand lebenslang unter jenem moralischen Anspruch, dem er sich 1946 angesichts der Gräueltaten des Nationalsozialismus gestellt hatte. «In Auschwitz habe ich mir innerlich das Versprechen abgenommen», gab er 1997 zu Protokoll, «alles in meiner Macht Stehende als Schreibender und Redender zu tun, damit nicht wieder geschehen konnte, was im 20. Jahrhundert im christlichen Europa geschehen ist, geschehen konnte, weil zu viele Staatsmänner und Völker, auch wir Schweizer, weggeschaut haben. Aus dieser Schuld werden wir nie entlassen.» Obwohl der Mann, der nicht mehr als einen Primarschulabschluss vorzuweisen hatte, mit den führenden Intellektuellen und Denkern seiner Zeit von Gleich zu Gleich verkehrte, blieb er bis zuletzt seiner Devise treu: «In keinem Fall hatte ich die Absicht, wissenschaftliche Biografien oder kulturkritische Beiträge zu verfassen. Es ging mir lediglich darum, Menschen der Gegenwart in Umrissen sichtbar und womöglich den inneren Gleichklang hörbar zu machen.»

BIBLIOGRAFIE: «Das Boot ist voll» ist als Diogenes-Taschenbuch greifbar.

Über Jahre stellte der Literaturwissenschaftler und Journalist Charles Linsmayer in der «Revue» Schweizer Autorinnen und Autoren vor, die Erfahrungen im Ausland gesammelt haben. Nun erweitert er das Spektrum und präsentiert künftig auch Schreibende, deren Lebensmittelpunkt in der Schweiz liegt.



«In jedem Fall muss das Sich-Erinnern – und Geschichte heisst ja nichts anderes als das – ständig da sein und zu unserem Leben gehören. Natürlich mit der Konsequenz: Was heisst das für mich heute, und im Wissen, dass Ereignisse wie der Holocaust und der Zweite Weltkrieg mit seiner ungeheuren Verwüstung eben auch bis zu einem gewissen Grad von meinem eigenen Verhalten abhängen, davon, ob ich nein oder ja sage und damit nicht die zerstörerischen, sondern die schöpferischen Kräfte in meinem Leben und Verhalten dominieren lasse.»

Alfred A. Häsler in einem Interview mit der Zeitung «Der Bund» am 6. Mai 1995

Wetterextreme im Zeichen des Klimawandels

Der Sommer 2021 fiel in der Schweiz ins Wasser. Statt Sonne und Hitze gab es Hagel und Hochwasser. Mit dem Klimawandel werden solche Wetterextreme noch häufiger.

THEODORA PETER

Während die Menschen in Südeuropa unter einer Hitzewelle litten, regnete es diesen Sommer in der Schweiz fast unaufhörlich. Die heftigen Niederschläge liessen Bäche, Flüsse und Seen über die Ufer treten. Feuerwehren und Zivilschützer waren im Dauereinsatz, schichteten Sandsäcke auf und errichteten Hochwassersperren, um das Schlimmste zu verhindern. Von einer Katastrophe wie in Deutschland und Belgien, wo die Sturzfluten ganze Täler verwüsteten und Hunderte von Todesopfern forderten, blieb die Schweiz im Juli verschont. Es blieb bei Sachschäden in der Höhe von mehreren Hundert Millionen Franken. Schwer getroffen wurde die Landwirtschaft: Auf den überschwemmten Feldern verfaulte das Gemüse. Hagelstürme verwüsteten innert weniger Stunden ganze Rebberge und Obstplantagen. Der einzige Vorteil des Dauerregens: er füllte vielerorts die Wasserspeicher wieder auf – unter anderem den 2020 noch völlig ausgetrockneten Lac de Brenets im Jura. Auch konnten sich die Wälder von den Folgen früherer Trockenperioden erholen.

Weltklimarat warnt

Ob Starkregen oder Hitzewellen: Solche Wetterextreme werden in Zukunft noch häufiger vorkommen und gar noch heftiger ausfallen. Dies zeigt der jüngste Bericht des Weltklimarates (IPCC), den die 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 66 Ländern – darunter der Schweiz – im August publizierten. Seit dem letzten Bericht von 2014 ist noch klarer geworden: Wir stecken mitten in der vom Menschen verursachten Klimaerwärmung, und diese beschleunigt sich weiter. Allein in den letzten sieben Jahren nahm die globale Temperatur um 0,2 Grad zu. Das tönt nicht nach viel, doch jeder Anstieg um ein Zehntelgrad sorgt rund um den Globus für noch mehr Wetterextreme. Die Schweiz ist besonders stark vom Klimawandel betroffen, nahmen die Temperaturen hierzulande doch fast doppelt so stark zu wie im globalen Mittel. Bereits 2018 hatten Forschende in den «Klimaszenarien für die Schweiz» im Detail aufgezeigt, welche Folgen ein ungebremster Klimawandel für das Land hat – eine davon sind häufigere und intensivere Starkniederschläge. Seit 1901 hat die Regenmenge bei solchen Extremereignissen in der Schweiz um 12 Prozent zugenommen. Der Grund: Wärmere Luft



kann mehr Feuchtigkeit aufnehmen – pro Grad Celsius Erwärmung macht dies rund 6 bis 7 Prozent mehr Wasser aus.

CO₂-Ausstoss muss sinken

Treiber der Klimaerwärmung sind bekanntlich die Treibhausgase. Gemäss IPCC-Bericht lag die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre im Jahr 2019 um 47 Prozent höher als zu Beginn der Industrialisierung – und höher als je zuvor in den letzten zwei Millionen Jahren. Die Forschenden warnen: Nur wenn der CO₂-Ausstoss schon in den nächsten Jahren stark sinkt und bis 2050 netto null erreicht, könne die globale Erwärmung gemäss den Pariser Klimazielen unter zwei Grad beschränkt werden. Aber auch bei einer Erwärmung von «nur» 1,5 Grad sei mit häufigeren Starkniederschlägen und Hitzewellen «von bisher ungekanntem Ausmass» zu rechnen.

Wie ernst es der Weltgemeinschaft mit einem wirksamen Klimaschutz ist, zeigt sich bereits im November. Dann findet in Glasgow die nächste Uno-Klimakonferenz statt.

[revue.link/klimaszenarien](https://www.revue.link/klimaszenarien)
www.ipcc.ch

Statt am See standen diese Liegenschaften im Juli im See: Starke und lange anhaltende Regenfälle liessen wie hier am Bielersee die Wasserpegel auf Höchstwerte steigen.

Foto Keystone

Die Grenzen in weiter Ferne. Oder doch nicht?

Kein anderer Ort in der Schweiz befindet sich weiter entfernt von einer Landesgrenze als Uetendorf bei Thun im Kanton Bern. Ausgerechnet dort kann man aber neue Grenzziehungen einer typischen Schweizer Agglomerationsgemeinde beobachten.

JÜRIG STEINER

Es ist, als hätten die Naturkräfte vor ungefähr 14 000 Jahren den landschaftlichen Rahmen dafür geschaffen, dass aus Uetendorf ein besonderer Ort wird. Der Aaregletscher zog sich Ende der letzten Eiszeit langsam zurück, und er formte dabei eine Landschaft aus kleinen Hügelzügen. Sie muten heute an wie natürliche Aussichtskanzeln, von denen aus man Uetendorfs Lage überblickt, über die

hunderts schon die Stadtberner Burger angetan, die damals den mächtigsten Stadtstaat Europas regierten. Auf einem der natürlichen Uetendorfer Aussichtshügel liess sich die Patrizierfamilie von Fischer den feudalen Landsitz Eichberg einrichten. Sie konnte sich so auch ein wenig Napoleon Bonaparte entziehen, der damit beschäftigt war, die Macht der Adligen im Alten Bern zu beschneiden.

Restschweiz im Silbermoos

Es ist ein Zufall, dass rund 200 Jahre später das Bundesamt für Landestopografie Uetendorf einen exklusiven Status zuwies: als denjenigen Ort in der Schweiz, der sich am weitesten

weg von jeglicher Landesgrenze befindet. Sozusagen der spätere Beweis, dass die von Fischers ihren noblen Rückzugsort intuitiv möglichst weit weg von fremdem Einfluss gewählt hatten.

69 Kilometer Luftlinie müsste man zurücklegen, um von Uetendorf zur nächstgelegenen Landesgrenze zu kommen – weiter als von jedem anderen Punkt der Schweiz. Plastisch bedeutet das: Würde man die Schweiz parallel zu den Landesgrenzen Scheibe um Scheibe verkleinern, bliebe am Schluss Uetendorf zurück. Oder um genau zu sein: Das Silbermoos von Uetendorf, eine eingezäunte Wiese, zurzeit der Landwirtschaft vorbehalten, wäre der letzte Rest der



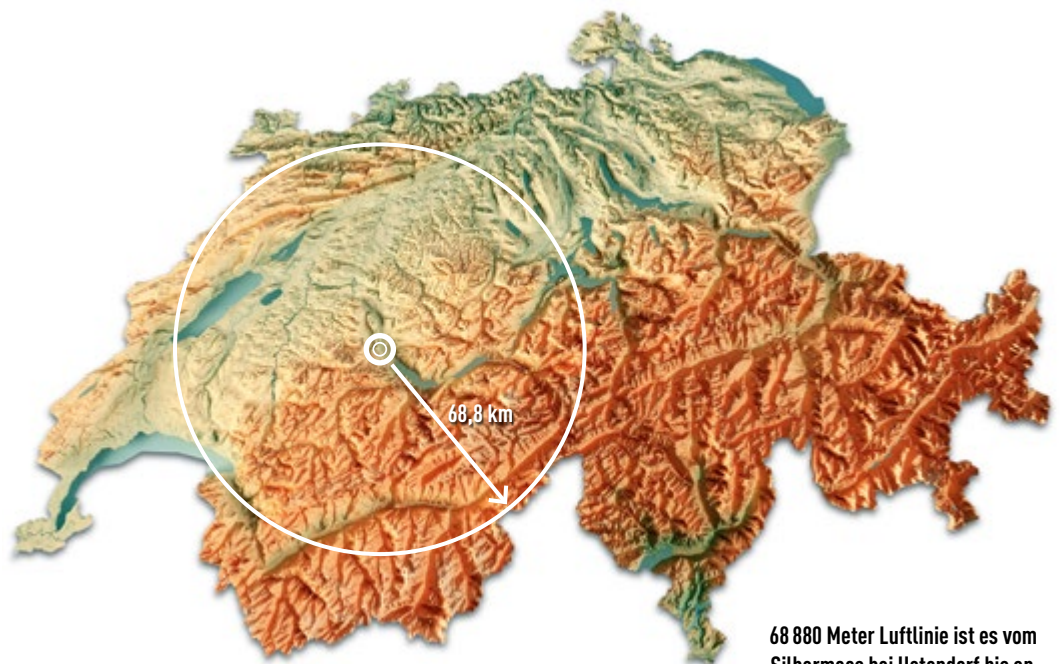
Höher, weiter, schneller, schöner? Auf der Suche nach den etwas anderen Schweizer Rekorden. Heute: auf Besuch in der grenzfernsten Ortschaft der Schweiz.



Das feudale Herrenhaus des Landsitzes Eichberg der Berner Patrizierfamilie von Fischer.

Ebene des Aaretals hinweg bis hinüber nach Thun. Im Rücken weiss man die schroffe Stockhornkette, und bei schönem Wetter komplettieren die Berner Alpen über dem Thunersee die Szenerie zu einem imposanten Gesamtbild.

Von dieser optischen Gunstlage Uetendorfs waren Ende des 18. Jahr-



68 880 Meter Luftlinie ist es vom Silbermoos bei Uetendorf bis an den nächstgelegenen Punkt der Landesgrenze.

Schweiz, wenn diese von den Rändern her wegschmelze. Gleich gegenüber dem Silbermoos befindet sich ein Restaurant namens «Réduit» – genau wie die Taktik, die von der Schweizer Armee im Zweiten Weltkrieg bei einem Angriff angewandt worden wäre: sich zurückzuziehen von den Grenzen, um sich in den Bergen zu verschanzen.

Der mentale Stadt-Land-Graben

Die Auszeichnung der Grenzferne von Uetendorf und seinen 6800 Einwohnerinnen und Einwohnern mag eine Spielerei sein. Doch sie lenkt die Aufmerksamkeit auf ein Dorf, das typisch ist für die Entwicklung im schweizerischen Mittelland. Blickt man von einem der Aussichtshügel über die aufgeräumten Häuserzeilen des steuergünstigen Uetendorf, erkennt man viele Konfliktlinien der modernen Schweiz: zwischen knappem Landwirtschaftsland und ausuferndem Siedlungsgebiet, zwischen beschaulichem Bauerndorf und brumrender Industriezone, zwischen



Uetendorf ist ganz ordentlich sortiert: Hier die Wohnzone, da die Industrie, hier die Äcker, dort die fernen Alpen. Und er – Hannes Zaugg (links) – liess Uetendorf doch nicht untergehen. Fotos z.arts.ch

ländlichem Bewahrungsgeist und urbaner Dynamik. Uetendorf, weit weg von der Landesgrenze, ist sehr nahe an einer der prägendsten mentalen Grenzen: dem Stadt-Land-Graben, der in der politischen Auseinandersetzung

der Schweiz zu einem dominanten Faktor geworden ist.

Hannes Zaugg-Graf bewegt sich als Politiker auf diesem heiklen Gelände. Seit 2010 sitzt er im Berner Kantonsparlament, er war aber auch zwölf Jahre lang Gemeindepräsident von Uetendorf. Heute politisiert Zaugg für die Grünliberale Partei. Als er 2001 zum Uetendorfer Gemeindepräsidenten gewählt wurde, gehörte er der Sozialdemokratischen Partei (SP) an. Er erinnert sich, dass «einige den Untergang der Gemeinde befürchteten», als der erst gut 30-jährige Linke Zaugg

plötzlich die sonst konservative Gemeinde präsidierte. Doch als sich der kommunikative Jungpräsident im Amt bewährte, mischte sich auch Stolz über den personellen Modernisierungsschritt dazu.

Bahn für die Bürger

Apropos forsche Modernisierungsschritte: Sie prägten das vermeintlich behäbige Dorf, das mit einem Ausländeranteil von sieben Prozent deutlich unter der nationalen Durchschnittsmarke von 25 Prozent liegt, entschei-

dend. Etwa beim Fluss Kander. Ursprünglich floss dieser bei Uetendorf in die Aare. Wegen ständiger Überschwemmungen war die Gemeinde eine notorische Krisen- und Armutszone. Die Berner Kantonsregierung ordnete Mitte des 18. Jahrhunderts die Kander-Ableitung in den Thunersee an und schuf damit die Grundlage, dass aus den Uetendorfer Sümpfen erstklassiges Ackerland und ein prosperierendes Bauerndorf wurde.

Der nächste Schub kam Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem Bau der Eisenbahn durchs Gürbetal. Eigentlich hätte sie von Bern via Stockental nach Thun fahren sollen. Doch nicht zuletzt der Einfluss der am Eichberg residierenden Bernburger motivierte die Bauherren zu einer Planänderung: Die neue Bahnlinie bog nach Uetendorf ab.

Verankerte Grüss-Kultur

Der Bahnanschluss befeuerte später einen lokalen Boom. Als nach dem Zweiten Weltkrieg in der Schweiz das Wirtschaftswachstum Fahrt aufnahm und der Thuner Metallverarbeitungskonzern Selve expandieren wollte, stand Uetendorf mit einer perfekt er-

schlossenen Industriezone bereit. Die Schliessung der Selve zu Beginn der 1990er-Jahre – sie gehörte nun dem Konkurs gegangenen Financier Werner K. Rey – war nur ein kurzer Schock. Die Uetendorfer Industriemeile, auch dank der nahen Autobahnausfahrt ein Pendlerparadies, füllte sich umgehend wieder. Bis heute.

«Obschon Uetendorf zur Agglomeration Thun gehört, ist der Dorfkarakter erhalten geblieben», sagt Hannes Zaugg. Auch weil man es schaffe, in der lokalen Politik die ideologischen Grenzen zwischen Konservativen und Progressiven aufzuweichen, wie er findet. Beispielsweise, indem man bei der Ortsplanung das Prinzip Verdichtung nach innen durchgesetzt habe, damit Landwirtschaftsland schützte, aber auch das Einwohner- und Steuereinnahmenwachstum beschränkte. Dass sich Uetendorferinnen und Uetendorfer bei Begegnungen auf der Strasse grüssen, verankerte man laut Zaugg sogar im lokalen Kulturkonzept.

Schlager aus der Industriezone

Der leichtfüssige Umgang mit dem Stadt-Land-Graben prägt auch Roland



Sie hat Wurzeln in Uetendorf, nährt aber den Traum exotischer Ferne: die Schlagerband Calimeros mit Frontmann Roland Eberhart. Foto PD

Eberhart, Gründer und Leader der europaweit bekannten Schlagerband Calimeros, wie er festhält. Eberhart wuchs in Uetendorf auf, an einem Unterhaltungsabend des lokalen Eishockey-Clubs versuchte er sich 1976 erstmals als Sänger, es war der Start zu einer spektakulären, über 40-jährigen Karriere. Noch immer veröffentlichten die Calimeros praktisch jedes Jahr ein neues Album, auf dem neuesten besingen sie etwa die Sehnsucht nach exotischen Urlaubszielen wie den Bahamas.

Das Calimeros-Studio befindet sich mitten in der Industriezone von Uetendorf. Nebenan fahren schwere Lastwagen ein und aus, auf dem Parkplatz veranstalten die Calimeros ihr legendäres jährliches Open-Air-Konzert. Der kreative Kopf Eberhart mag diesen Ort, die lärmige Geschäftigkeit einerseits, aber andererseits, wenn er aus dem Büfenster schaue oder mit dem Bike auf eine kurze Runde gehe, sehe er friedliche Getreidefelder, vom Wind bewegte Bäume, die Erhabenheit der Alpengipfel. «Aus dieser Kombination», sagt Eberhart, «beziehe ich viel Inspiration.» Grenzen setzt er sich keine.



Wie eine alte, bernische Landkirche sieht sie aus, ist mit Jahrgang 1954 aber ziemlich neuzeitlich: Die Kirche Uetendorf. Foto www.uetendorf.ch

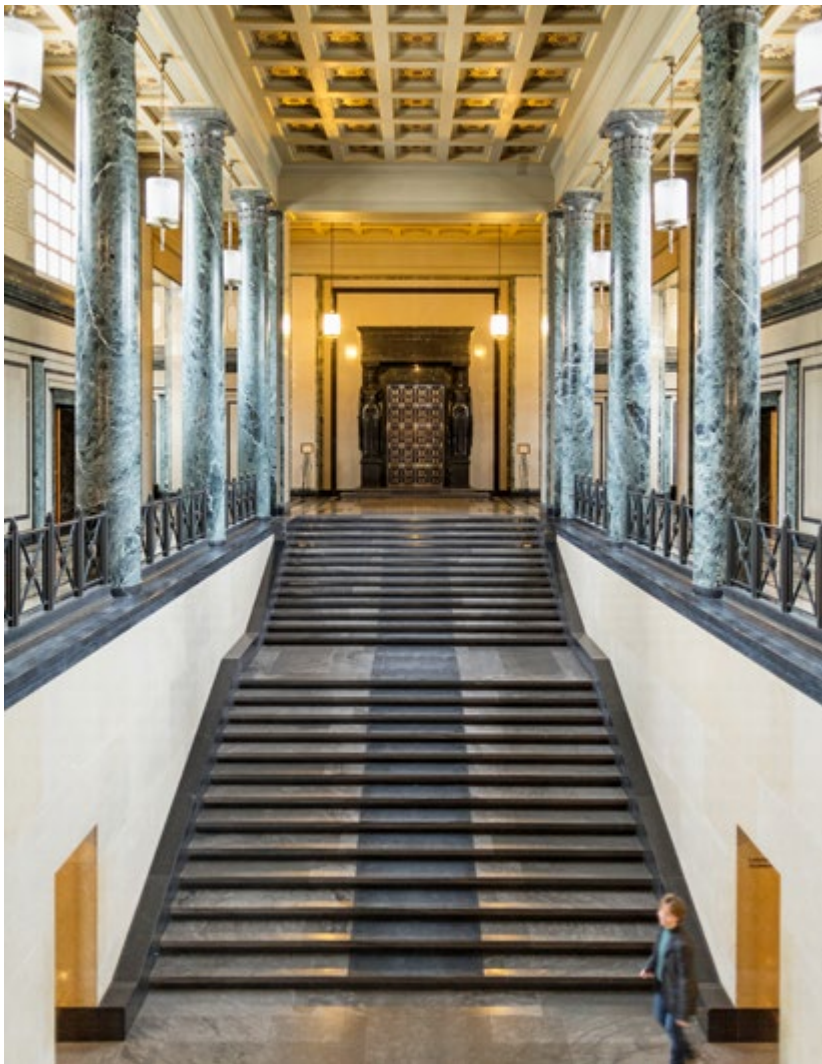
Unabhängigkeit der Justiz auf dem Prüfstand

Wer in der Schweiz Bundesrichterin oder Bundesrichter werden will, muss einer politischen Partei beitreten. Das wirft Fragen auf zur Gewaltentrennung im Bundesstaat. Radikale Änderungen fordert die Justiz-Initiative, die am 28. November zur Abstimmung kommt.

THEODORA PETER

Das Bundesgericht in Lausanne ist die höchste richterliche Instanz in der Eidgenossenschaft. Es entscheidet abschliessend über die Rechtmässigkeit von Justizurteilen und die Auslegung von Gesetzen, die das Leben von Millionen Bürgerinnen und Bürgern in der Schweiz prägen. Als dritte Gewalt im Bundesstaat ist die Judikative einzig dem Gesetz unterstellt. Gewählt werden die obersten Richterinnen und Richter von der Vereinigten Bundesversammlung beider Parlamentskammern. Bei der Besetzung der Richterstellen nimmt die Legislative freiwillig Rücksicht auf die Stärke der politischen Parteien. Damit soll gewährleistet werden, dass das höchste Gericht die Gesellschaft angemessen repräsentiert und demokratisch legitimiert ist.

Das marmorgeprägte Entree des Bundesgerichts in Lausanne: Werden hier in Zukunft auch ausgeloste statt gewählte Richter die Treppe hochsteigen?
Foto Keystone



Dieses ungeschriebene Gesetz – eine Art Gentlemen's Agreement – hat jedoch zur Folge, dass einer politischen Partei beitreten muss, wer in der Schweiz eine Richterkarriere machen will. Im Gegenzug müssen die Richter «ihrer» Partei einen jährlichen Obolus entrichten. Diese Mandatsabgabe beträgt je nach Partei zwischen 3000 bis 10 000 Franken pro Jahr – bei einem Bundesrichterlohn von 365 000 Franken. Diese Schweizer Besonderheit sorgt international schon länger für Kritik: Die Staatengruppe gegen Korruption des Europarates (GRECO) sieht in der Mandatssteuer einen Verstoß gegen den Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit. Die Schweiz rechtfertigt die historisch gewachsene Tradition unter anderem damit, dass das Land im Gegensatz zum Ausland keine staatliche Parteienfinanzierung kennt.

Abstrafung unliebsamer Richter

Die GRECO kritisiert zudem, dass die Bundesrichter alle sechs Jahre vom Parlament wiedergewählt werden müssen. Dieses Prozedere berge die Gefahr einer Abwahl aus politischen Gründen. Tatsächlich kommt es in der Schweiz immer wieder zu Strafaktionen gegen unliebsame Richter. Im Herbst 2020 empfahl die SVP ihren eigenen Bundesrichter Yves Donzallaz zur Abwahl, weil dessen Werthaltungen der Parteilinie widersprächen. So war der Magistrat 2015 an einem höchstrichterlichen Urteil beteiligt gewesen, welches das Freizügigkeitsabkommen mit der EU über die vom Volk angenommene SVP-Masseneinwanderungsinitiative stellte. Als Bundesrichter wurde Donzallaz vom Parlament schliesslich komfortabel wiedergewählt – einfach ohne die Stimmen «seiner» SVP.

Für Schlagzeilen sorgte 1990 der sogenannte Kreuzifix-Fall: In einem Grundsatzurteil verbannte das Bundesgericht das Kreuzifix als religiöses Symbol aus den Schulzimmern. Katholische Kreise witterten darin einen Akt der Christenverfolgung. Die beteiligten Bundesrichter wurden zwar wiedergewählt, erhielten aber durch tiefe Stimmzahlen einen Denkkettel verpasst.

Initiative will Richterwahl per Los

Dem Unternehmer Adrian Gasser ist die Vernetzung der Politik mit den höchsten Richtern ebenfalls schon länger

ein Dorn im Auge. Gasser ist Urheber der Justiz-Initiative, die am 28. November zur Abstimmung kommt und einen radikalen Wechsel verlangt: Bundesrichterinnen und -richter sollen statt vom Parlament durch das Los bestimmt werden. Somit wären sie keiner Partei verpflichtet und dadurch unabhängiger. Die Kandidaturen würden einzig von einer vom Bundesrat eingesetzten Fachkommission auf ihre fachliche Eignung geprüft. Mit dieser Systemänderung will der Initiator verhindern, dass die Gerichte «still und leise zu einem Instrument der Parteien verkommen». Das Losverfahren sei schon in der Antike von den Griechen praktiziert worden, um Versuchen von Bestechung oder Beeinflussung entgegenzuwirken.

Mit seinem Vorschlag stösst Gasser in der Politik auf wenig Gegenliebe. Sowohl Bundesrat wie Parlament empfehlen die Volksinitiative unisono und ohne Alternative zur Ablehnung. Eine Richterwahl dem Zufall zu überlassen, schwäche die demokratische Legitimation der Justiz und damit die Akzeptanz von Gerichtsurteilen in der Bevölkerung, argumentieren die Gegner. Das heutige System sei zwar nicht perfekt, räumt der Präsident der parlamentarischen Gerichtskommission, Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR), ein. Doch das «institutionelle Immunsystem» habe Beeinflussungsversuche stets abgewehrt, wie der Fall Donzallaz jüngst wieder gezeigt habe.

Auch die Betroffenen lehnen das Losverfahren grundsätzlich ab. Die Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter sieht aber durchaus Verbesserungsbedarf. So könnte die Einführung einer einmaligen Wahl die politischen Druckversuche bei periodischen Wiederwahlen ausmerzen. Diese Praxis gilt heute bereits im Kanton Freiburg, wo Richter und Staatsanwälte auf unbestimmte Zeit gewählt werden, eine Abberufung aus wichtigen Gründen aber möglich bleibt. «Ein deutliches Zeichen für die Unabhängigkeit» wäre aus Sicht der Richtervereinigung auch die Abschaffung der Mandatsabgabe an die Parteien. Von der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zur Justiz-Initiative wollten Bundesrat und Parlament aber nichts wissen. Nun hat das Volk an der Urne das letzte Wort.

Justiz-Initiative:
www.justiz-initiative.ch/startseite.html

Papizeit!

78

Schweizer Väter nehmen sich gerne viel Zeit für ihre Kinder. Das sagen die allermeisten von sich selbst. Wir wollen ihnen glauben. Allerdings arbeiten in der Schweiz 78 von 100 Vätern mit Kindern im Alter von null bis drei Jahren Vollzeit. Nur 2 von 100 nehmen sich wirklich maximal viel Zeit – und schlüpfen ganz in die Rolle als Hausmann.

97

Die Aufteilung familiärer Pflichten fällt leichter, wenn Mann und Frau für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten. Laut der Uni St. Gallen ist das in 97 von 100 Schweizer Firmen der Fall: Sie zahlen Frauen faire Löhne. Nur: Befragt wurden einzig Firmen mit über 100 Angestellten und sie durften die Lohndaten selbst aufbereiten.

1512

Vielleicht sollten wir also die Statistik des Eidg. Büros für Gleichstellung nicht vorschnell beiseitelegen. Diese zeigt ein anderes Bild: Konkret verdienen in der Schweiz Männer in Vollzeitstelle im Schnitt 7968 Franken, Frauen dagegen 6456 Franken. Ein grosser Teil dieses Lohnunterschieds von 1512 Franken ist «nicht erklärbar», also diskriminierend.

25

In der äusserst selten konsultierten Fotobuch-Statistik sehen wir für 2020: Je nach Anbieter wurden bis zu 25 Prozent mehr Fotoalben entworfen, bestellt, gedruckt und ausgeliefert. Der Lockdown liess Zeit fürs Schwelgen in Erinnerungen. Inzwischen beklagen die gleichen Anbieter einen enormen Einbruch bei den Bestellungen: Es fehlen all die bunten Hochzeiten und all die neuen Ferienfotos des Jahres 2020, die zu Papier gebracht werden sollen.

13

Mit den 13 Olympiamedaillen, die das Schweizer Team in Tokio holte, liegt die Schweiz in der Länderwertung auf Rang 24. Wer ein besseres Ergebnis will, muss anders rechnen: Würde der Erfolg in Bezug zur Einwohnerzahl berechnet, läge die Schweiz auf dem viel besseren 15. Rang: Pro 660 000 Schweizerinnen und Schweizer eine Medaille ...

Von der Studentin zur Handwerkerin

Educatiousuisse berät junge Auslandschweizerinnen und -schweizer, die für ihre Ausbildung in die Schweiz kommen. Melina Mutti ist eine von ihnen. Sie berichtet über ihren Neuanfang in der Schweiz.

«Ich bin in Frankreich, nicht weit von meinem Geburtsland entfernt, aufgewachsen. Von meinem Fenster aus konnte ich auf der anderen Seite des Genfersees die Schweiz sehen! Es fühlte sich seltsam an, ausserhalb des «eigenen» Landes aufzuwachsen, denn egal, wie sehr man sich mit dem Land identifiziert, gehört man weder hier noch dort wirklich dazu. Doch diese Situation eröffnet auch neue Möglichkeiten und erlaubt viele Lebenserfahrungen zu sammeln.

Als Tochter zweisprachiger – deutsch-französischer – Eltern hatte ich die Chance, die Verbundenheit mit meinem Heimatland zu bewahren, indem ich Schweizerdeutsch sprechen konnte. Ich verliess die Schweiz und seinen Kanton Bern, als ich sieben Jahre alt war, und kam als 21-Jährige 2015 wieder zurück. In Frankreich hatte ich während zwei Jahren ohne grosse Überzeugung studiert und ich wollte meinem Berufsleben



«Damit es rundläuft», sagt Melina Mutti, «braucht man bei Veränderungen oft eine helfende Hand.» Foto zvg

Schule für Textiltechnikerinnen STA (Scuola specializzata superiore di abbigliamento e design della moda). Zweifellos war dies eine der besten Entscheidungen meines Lebens, aber auch eine der schwierigsten. Glücklicherweise verlief meine Integration im Tessin ebenso schnell wie gut. Am Ende der zwei Studienjahre war ich vollständig zweisprachig und umringt von Tessiner Freunden.

Sechs Jahre nach meiner Rückkehr in die Schweiz bereue ich diese Wende in meinem Leben noch immer nicht. Natürlich kommen grosse Veränderungen nie allein, und oft braucht man eine helfende Hand. Im Laufe der Jahre haben meine Familie und ich immer Unterstützung von Schweizer Institutionen und von der Schweizer Gemeinschaft im Ausland erfahren.

Heute bin ich stolz darauf, dass ich an derselben Schule, an der ich ausgebildet wurde, angehende Bekleidungsgestalterinnen unterrichte. Dank den Stipendien meines Heimatkantons Bern und den Mitarbeiterinnen von education-suisse, die mich während dieser Jahre begleiteten, konnte ich mich ausbilden lassen, meinen Weg finden und meinem Leben durch meinen Beruf einen Sinn geben. Heute freue ich mich, an der Berufsausbildung junger Frauen und Männer mitzuwirken und auch ihnen vielleicht zu ermöglichen, ihren Weg zu finden.»

Auf der Facebookseite von education-suisse sowie auf www.educationsuisse.ch werden regelmässig Erfahrungsberichte von jungen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern veröffentlicht.



Freiwillige Abonnementsbeiträge stärken die gedruckte «Schweizer Revue»

Für Leserinnen und Leser der gedruckten Ausgabe der «Schweizer Revue» besteht die Möglichkeit, diese mit einem freiwilligen Abonnementsbeitrag zu unterstützen. Der so zum Ausdruck gebrachte Rückhalt stärkt die Möglichkeiten der Redaktion, die «Revue» auf lange Sicht auch auf Papier anzubieten. Die vollständigen Bankangaben für die Überweisung freiwilliger Abonnementsbeiträge (zu beachten: Checks können leider nicht eingelöst werden):

IBAN: CH97 0079 0016 1294 4609 8
Bank: Berner Kantonalbank,
Bundesplatz 8, CH-3011 Bern
BIC/SWIFT: KBBECH22

Zugunsten:
BEKB Bern, Konto 16.129.446.0.98
Auslandschweizer-Organisation
z/Hd. Herrn A. Kiskery
Alpenstrasse 26, CH-3006 Bern
Referenz: Support Swiss Review
Zahlungen per PayPal: revue@aso.ch

 education-suisse
Telefon +41 31 356 61 04
info@educationsuisse.ch
www.educationsuisse.ch

einen Sinn geben: Ich fühlte mich nicht in der Lage, mit meinen Händen etwas Schönes und Nützliches zu schaffen. So wandte ich mich einem Handwerksberuf zu und landete an der Walliser Modeschule, um eine Lehre als Bekleidungsgestalterin mit Schwerpunkt Damenbekleidung zu absolvieren. Aus der Studentin der arabischen Linguistik wurde eine handwerklich Lernende. Für eine «Intellektuelle» schien die Arbeit auf den ersten Blick nicht so kompliziert zu sein. Doch musste ich mich ziemlich hineinknien, um meine neue Ausbildung nach drei Jahren mit dem angestrebten Diplom erfolgreich abzuschliessen. Daraufhin beschloss ich, mein Wissen an einer höheren Fachschule zu vertiefen und diplomierte Technikerin HF Textil zu werden. Ich hatte zwei Möglichkeiten: Zürich oder Lugano. Ohne ein Wort Italienisch zu sprechen, entschied ich mich für Lugano, also für die

Filippo Lombardi folgt auf Remo Gysin

Remo Gysin legte Ende August sein Amt als Präsident der Auslandschweizer-Organisation (ASO) nieder. Zu seinem Nachfolger wählte der Auslandschweizerrat den früheren Tessiner Ständerat Filippo Lombardi.

MARC LETTAU

Der Auslandschweizerrat, also das «Parlament der Fünften Schweiz», liess an seiner Sitzung vom 20. August keine Zweifel offen: Es wählte den Tessiner Filippo Lombardi in aller Klarheit zum Nachfolger von alt Nationalrat Remo Gysin (SP, BS), der sein Amt als Präsident der Auslandschweizer-Organisation (ASO) nach sechs Jahren niederlegte. Der neue Präsident ist innerhalb der ASO kein Unbekannter: Als bisheriger Vizepräsident ist Lombardi mit deren aktueller Agenda vertraut; und als einer der Wegbereiter des seit 2015 geltenden Auslandschweizergesetzes sind ihm die Anliegen jener gegenwärtig 776 300 Menschen mit Schweizer Pass, die nicht in der Schweiz selbst leben, bestens bekannt. Lombardi ist heute Stadtrat von Lugano. Bis 2019 vertrat er die CVP, die inzwischen unter dem Namen «Die Mitte» politisiert, im Ständerat, dem er zehn Jahre lang angehörte.

Das Verhältnis Schweiz–EU bleibt eine Herausforderung

Anlässlich der Stabsübergabe sprach der abtretende Präsident Remo Gysin von Dankbarkeit. Er sei dankbar für die bereichernden Begegnungen mit all den Auslandschweizerinnen und -schweizern, die ihn mit ihrer «faszinierenden Mischung aus Schweizer Heimatgefühl und weltoffenen Herzen» beeindruckt hätten. Er übergebe seinem Nachfolger aber nicht nur «eine ASO, die auf Kurs ist». Zur Hinterlassenschaft gehörten auch gewichtige Herausforderungen. So werde Lombardi nicht umhinkommen, sich mit der Frage zu befassen, was die gescheiterten Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) für die 434 000 in der EU lebenden Schweizerinnen und Schweizer bedeute. Gysins Urteil: «Ich vermisse eine Strategie des Bundesrats.» Es sei nicht klar, «was der Bundesrat jetzt überhaupt will». Filippo Lombardi sagte, das Verhältnis Schweiz–EU werde bestimmt den Beginn seiner Präsidentschaft prägen. Er werde der Schweizer Regierung nicht diktieren, wie sie ihre EU-Politik auszurichten habe. Aber er werde einfordern, die Lage der in der



EU lebenden Schweizerinnen und Schweizer ernst zu nehmen. Sonst würden diese über kurz oder lang Nachteile erleiden. Schon jetzt spüre die Schweiz im Bereich Bildung («Erasmus») und Forschung («Horizon») erste empfindliche Einschränkungen. Als zweites Kernthema ortet Lombardi das E-Voting: Ohne E-Voting sei es für viele im Ausland Lebenden nicht möglich, an Abstimmungen und Wahlen in der Schweiz teilzunehmen. Die Stimme der Fünften Schweiz habe deshalb nicht das angemessene Gewicht. Verbessert werden müsse zudem die Repräsentativität des Auslandschweizerrats. Das taugliche Rezept auch da: E-Voting.

Verabschiedet hat der neu gewählte Auslandschweizer- rat (siehe nächste Seite) zwei Resolutionen: Er fordert von der Schweizer Regierung die Ausarbeitung einer «klaren, transparenten Strategie» zur Erhaltung der «Errungenschaft der Personenfreizügigkeit» zwischen der Schweiz und der EU. Und er verlangt, dass in der Schweiz alle im Ausland ausgestellten Impfbefreiungsnachweise anerkannt werden, sofern ein WHO- anerkannter Impfstoff verwendet wurde.
[revue.link/euresolution](https://www.aso.ch/revue/link/euresolution) and: [revue.link/impfresolution](https://www.aso.ch/revue/link/impfresolution)

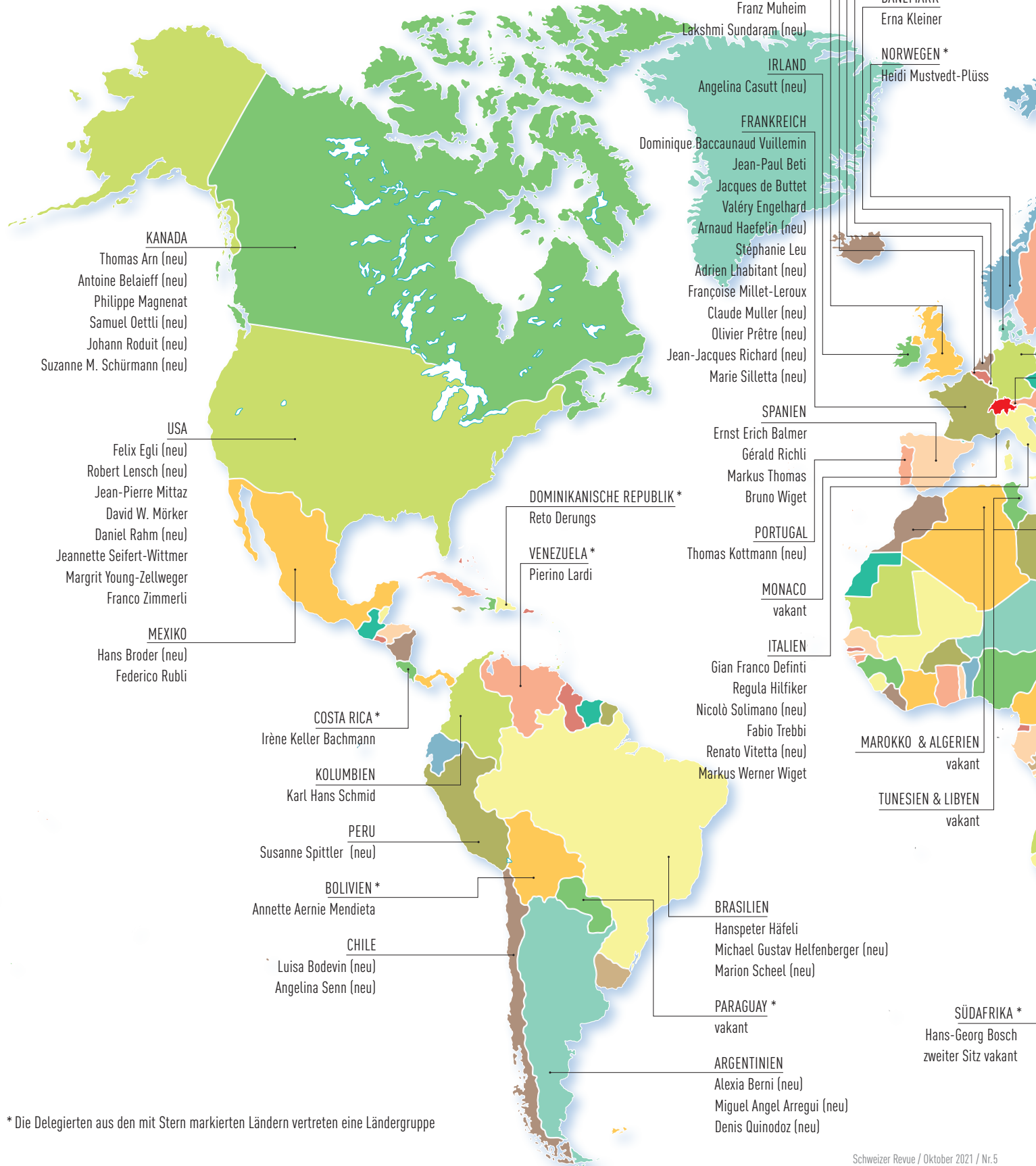
Filippo Lombardi, der neue ASO-Präsident, erachtet das Thema Schweiz–EU und die Wiedereinführung des E-Votings als zentral. Foto Marc Lettau

Auslandschweizer-Organisation
 Alpenstrasse 26, CH-3006 Bern
 Telefon +41 31 356 61 00
info@swisscommunity.org | www.swisscommunity.org

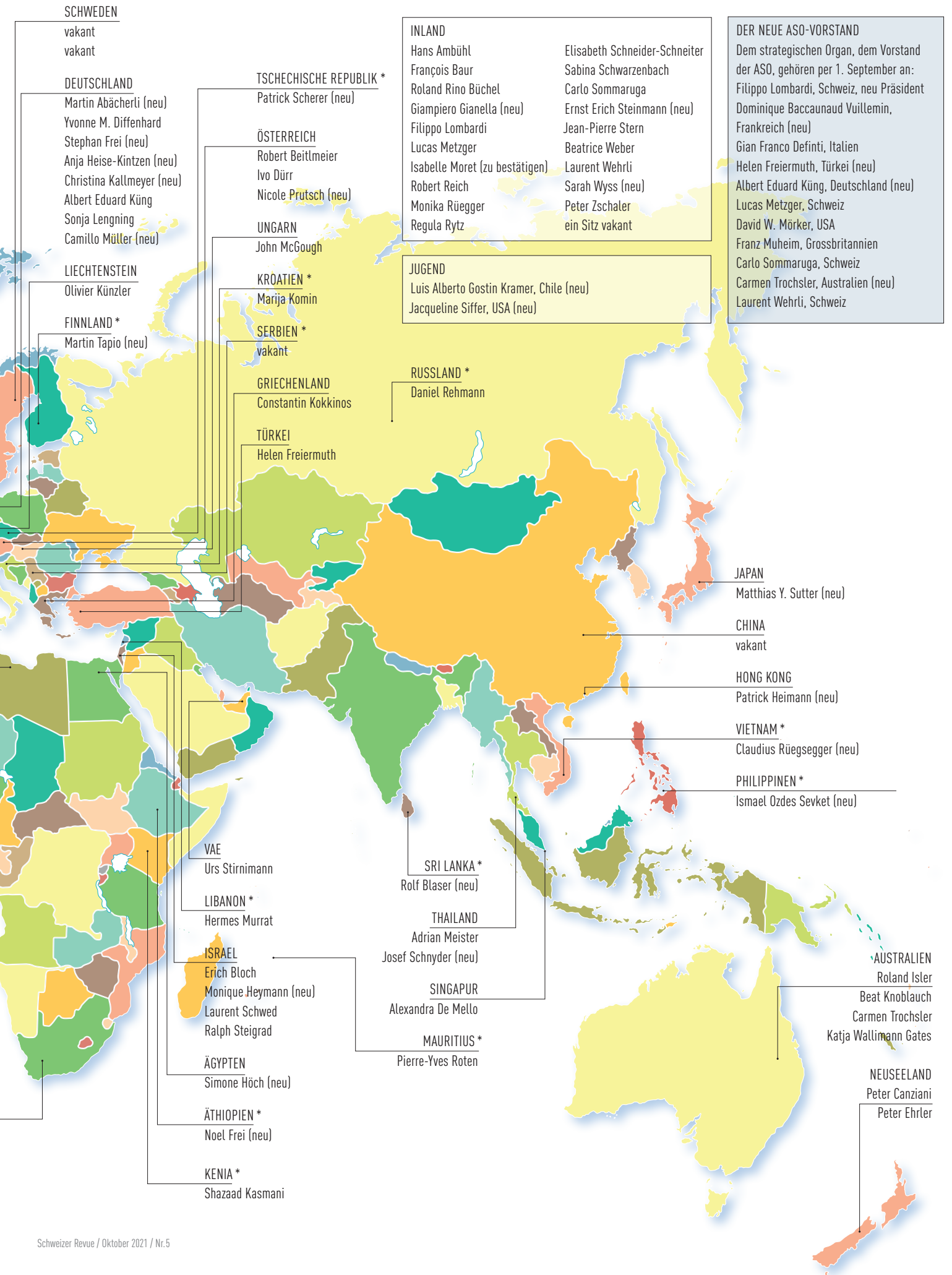
**Swiss
Community**

Das ist der neue Auslandschweizerrat

Sie sind die politische Stimme der Fünften Schweiz und engagieren sich für deren Anliegen: die für die Amtszeit 2021–2025 gewählten Mitglieder des Auslandschweizerrats. Gut ein Drittel der Auslandsmitglieder nehmen neu in den Rat Einsitz. Und der Frauenanteil liegt wiederum bei knapp einem Drittel.



* Die Delegierten aus den mit Stern markierten Ländern vertreten eine Ländergruppe



Die Stimme der Jugend der Fünften Schweiz

Engagierte Diskussionen und praktische Weiterbildung prägten den allerersten Kongress der jungen Auslandschweizerinnen und -schweizer. Er zeigte: Das Interesse an politischer Partizipation ist gross.

MARC LETTAU

Natürlich hätten die Teilnehmenden am 1. Kongress der jungen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer rein gar nichts gegen persönliche Begegnungen gehabt: Aber auch dieser Anlass fand – wie heute so vieles – online statt. Doch das Format erwies sich als Glücksfall: Jugendliche und junge Erwachsene aus allen Ecken und Enden der Welt – von Frankreich bis Australien, von Sri Lanka bis nach Chile – konnten sich sehr rege austauschen, ohne ihr jugendliches Budget mit enormen Reisekosten zu belasten.

Fokus aufs Stimmrechtsalter 16

Am Kongress vom 15. Juli, organisiert vom Jugenddienst der Auslandschweizer-Organisation (ASO) in Zusammenarbeit mit dem Youth Parliament of Swiss Abroad (YPSA), zählte die politische Partizipation zu den zentralen Themen. YPSA-Präsidentin Jacqueline Siffer (USA) führte die Runde an die Frage heran, die die letzte «Schweizer Revue» prägte: Sind 16-Jährige reif für die Politik, also reif fürs Abstimmen?

Die Schweiz, die das Stimmrechtsalter 16 bereits aus dem Kanton Glarus kennt, diskutiert derzeit rege über das Thema. Eine allgemeine Senkung des Stimmrechtsalters von heute 18 auf neu 16 Jahre würde auch für junge Schweizerinnen und Schweizer im Ausland gelten. Ob der Schritt überhaupt mehrheitsfähig ist, steht aber noch in den Sternen.

Der Verlauf der Diskussionen am Jugendkongress glich durchaus jenem von Jugenddebatten in der Schweiz: Das Meinungsspektrum war breit. Unbestritten ist das grosse Interesse an politischer Partizipation. Die Kon-

gressteilnehmenden mit Sympathien fürs Stimmrechtsalter 16 argumentierten, die heutige Jugend sei längst schon politisch aktiv, etwa in der Klimapolitik. Würde deren Stimme berücksichtigt, entstünde ein vollständigeres Bild der Gesellschaft: «Teenager sehen die Dinge oft anders.» Zugleich seien sie ganz besonders betroffen von Entscheiden, die die ferne Zukunft prägten. Schliesslich sei die persönliche Reife von 16-Jährigen und 18-Jährigen nicht wesentlich anders. Das spreche für eine Senkung des Stimmrechtsalters.

Die Zweiflerinnen und Zweifler gaben am Kongress zu bedenken, dass sich ihre Alltagsrealität stark von jener in der Schweiz unterscheidet. Viele lebten in Ländern, in denen regelmässiges Abstimmen nicht zum politischen Alltag gehöre, ganz anders als in der Schweiz mit ihren vier Abstimmungswochenenden pro Jahr. Viele fühlten sich persönlich noch nicht bereit für komplexe Abstimmungen, thematisierten die – fehlende – Reife und das Risiko von Beeinflussung.

Abstimmen von Fall zu Fall

Das Fazit der Pro-und-Contra-Debatte: Eine gute Option sei die Senkung des Stimmrechtsalters, weil das Abstimmen in der Schweiz freiwillig sei. Wer sich für eine Frage interessiere, bestimme mit. Wer sich nicht interessiere, lasse es bleiben. Eine Vermutung aus der Runde: Sinke das Stimmrechtsalter, dann steige bei den Jungen wohl auch das Interesse an politischer Mitbestimmung: «Es wäre eine Ermunterung, sich in wichtige Fragen zu vertiefen.» Eine Herausforderung bleibe die Komplexität der Abstimmungsvo-

gen. Diese Klage ist in der Schweiz aber auch von jenen zu hören, die schon seit Jahrzehnten erwachsen sind.

Easyvote als Einstiegshilfe

Schweizer Abstimmungsunterlagen sind in der Tat eher kein Vorbild an Verständlichkeit. Hier hakte am Jugendkongress Mona-Lisa Kole ein. Sie stellte das Projekt Easyvote vor, das zum Ziel hat, den 18- bis 25-Jährigen die politische Mitwirkung zu erleichtern. Einerseits stützt Easyvote die Schweizer Jugendparlamente. Andererseits wird vor jeder Eidgenössischen Abstimmung eine sehr verständlich formulierte Broschüre zu den Abstimmungsthemen herausgegeben.

Bildungslandschaft Schweiz

Am Kongress gab educationssuisse-Geschäftsführerin Barbara Sulzer Smith auch Einblick ins innovative, breit gefächerte und sehr durchlässige Ausbildungsangebot der Schweiz. Und die Studenten von «Junior Entreprise Genève» steuerten Tipps zum Berufseinstieg bei. Etwa: Wie schreibe ich auf Stellenangebote in der Schweiz die perfekte Bewerbung. Tipps ganz anderer Art vermittelte Melanie Oesch von der Folkloreformation «Oesch's die Dritten»: Sie verriet einige Geheimnisse der Jodelkunst und unterhielt zusammen mit ihrer Familie die Kongressteilnehmer bestens.

Marie Bloch, Leiterin des Jugenddienstes der ASO, zieht eine äusserst positive Bilanz: «Wir konnten den Kontakt zu den Jugendlichen vertiefen, spürten ihr Interesse, ihre Freude.» Der Jugendkongress 2022 sei natürlich schon in Vorbereitung.



Jacqueline Siffer
leitete souverän durch
die Debatten



Marie Bloch
beurteilt den Jugend-
kongress als geglückt



Melanie Oesch
jodelte am Kongress
für die Jugend



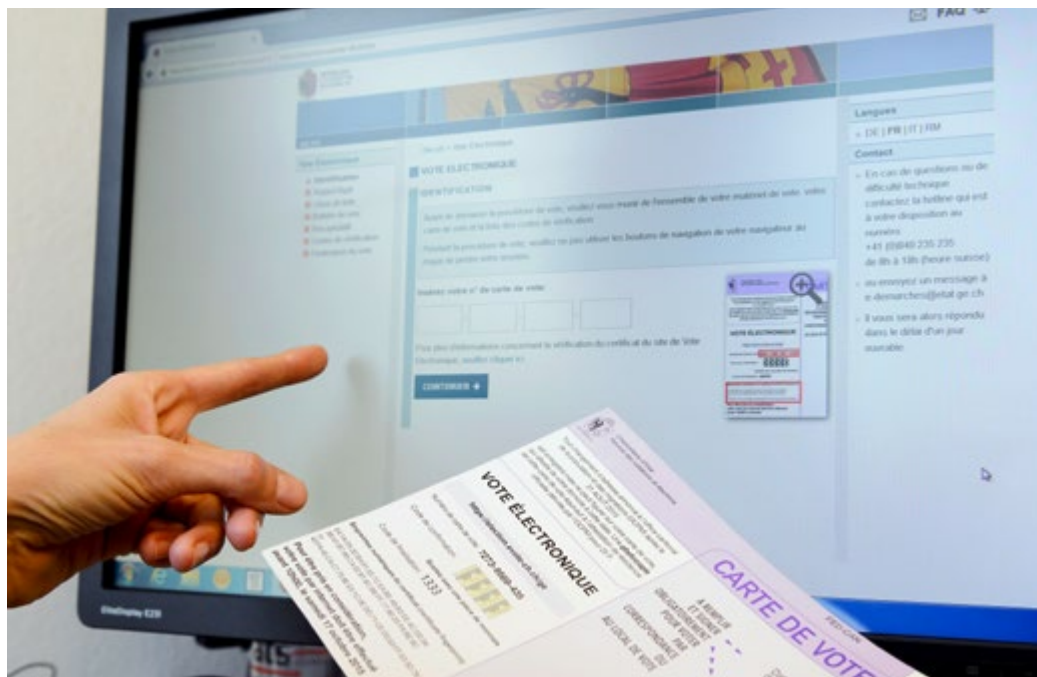
Mona-Lisa Kole
liefert Jugendlichen
vor Abstimmungen
verständliches Wissen

E-Voting: Arbeiten zur Neuausrichtung schreiten voran

Seit Mitte 2019 ist es in der Schweiz nicht mehr möglich, elektronisch abzustimmen. Besonders betroffen von der Sistierung des E-Votings sind die Stimmberechtigten in der Fünften Schweiz. Doch die Arbeiten zur Neuausrichtung des E-Voting-Versuchsbetriebs schreiten voran. Im Fokus sind Sicherheit und Transparenz.

Derzeit werden die Anforderungen an die elektronische Stimmabgabe im Bundesrecht überarbeitet und der Bundesrat hat dazu eine Vernehmlassung durchgeführt. Für die Wiederaufnahme der Versuche sollen neue Anforderungen gelten und sicherheitsfördernde Massnahmen umgesetzt werden.

Im Rahmen eines breiten Dialogs wurden Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft in die Neuausrichtung eingebunden. E-Voting-Systeme sollen in Zukunft ständig öffentlich überprüft werden können; die dafür notwendigen Informationen werden öffentlich zugänglich sein (Quellcode, Dokumentation, Prüfberichte, Information über allfällig festgestellte Mängel). Es laufen Bug-Bounty-Programme: Wertvolle Hinweise sollen finanziell entschädigt werden. Unabhängige Expertinnen und Experten prüfen im Auftrag des Bundes, ob die Sicherheitsanforderungen eingehalten werden. Ziel ist es, einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu etablieren. Zur Unterstützung dieses Prozesses soll auch die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft weiter verstärkt werden.



Künftig sollen zudem nur noch vollständig verifizierbare E-Voting-Systeme zum Einsatz kommen. Pro Kanton sollen maximal 30 Prozent und schweizweit maximal 10 Prozent der Stimmberechtigten an E-Voting-Versuchen teilnehmen dürfen. Auslandsschweizerinnen und -schweizern wie auch Stimmberechtigten mit einer Behinderung soll E-Voting bevorzugt, das heisst ohne Anrechnung an die Limite, angeboten werden können.

Bund, Kantone und der Systemanbieter, die Schweizerische Post, setzen

die neuen Anforderungen mit Blick auf eine möglichst baldige Wiederaufnahme des Versuchsbetriebs bereits um. An den rechtlichen Zuständigkeiten ändert sich mit der Revision der Rechtsgrundlagen nichts. Die Kantone entscheiden weiterhin selber, ob und mit welchem System sie ihren Stimmberechtigten E-Voting anbieten wollen, während der Bund den rechtlichen Rahmen setzt und Bewilligungsbehörde ist. (BK)

Ein Bild aus der Vergangenheit: Zugangskarte mit Code fürs 2019 eingestellte Genfer E-Voting-System. Jetzt treibt der Bund die Neuausrichtung des E-Votings voran.

Foto Keystone

HELPLINE EDA

☎ Schweiz +41 800 24 7 365
 ☎ Ausland +41 58 465 33 33
 E-Mail: helpline@eda.admin.ch
 Skype: [helpline-eda](https://www.skype.com/name/helpline-eda)

Reisehinweise

www.eda.admin.ch/reisehinweise
 ☎ Schweiz +41 800 24 7 365
 ☎ Ausland +41 58 465 33 33
www.twitter.com/travel_edadfae

Travel Admin

Online-Registrierung von Auslandsreisen
 Enregistrement en ligne de voyages à l'étranger
 Registrazione quando si viaggia all'estero
 Online Registration when travelling abroad

Neue Zustellwege fürs Wahl- und Stimmcouvert?

Abstimmen und wählen können Auslandschweizerinnen und -schweizer nur dann, wenn das Stimm- und Wahlmaterial rechtzeitig bei ihnen eintrifft. Doch die Zustellung ist – durch die Pandemie noch verstärkt – eine grosse logistische Herausforderung. Der Bund und drei Kantone prüfen deshalb neue Zustellwege.

Um eine mögliche frühzeitige Zustellung der Stimm- und Wahlunterlagen zu untersuchen, wurde anlässlich der Volksabstimmung vom 13. Juni 2021 in einem Pilotprojekt der Versand der Wahl- und Stimmunterlagen über den diplomatischen Kurier getestet. Begleitend dazu wurde eine Umfrage durchgeführt. Die Bundeskanzlei und die Konsularische Direktion des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sowie die drei Kantone Aargau, Tessin und Genf waren daran beteiligt. Das Pilotprojekt basiert auf einem Postulat von Nationalrat Andri Silberschmidt (FDP, ZH).

Rund 1600 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in Australien, Brasilien und Thailand, die ihren politischen Wohnsitz in den Kantonen Aargau, Tessin und Genf haben, waren eingeladen, sich an der Umfrage zu beteiligen. Der einen Hälfte der befragten Stimmberechtigten wurden die Stimmunterlagen wie bisher via die Schweizerische Post ins Ausland zugestellt. Die andere Hälfte erhielt die Stimmunterlagen versuchsweise via die Schweizer Vertretung im betreffenden Land. Der Rückversand der Stimmunterlagen erfolgte ohne Einbezug der Schweizer Vertretungen weiterhin direkt von den Stimmberechtigten an die Stimmgemeinde.

Die Beteiligung an der Umfrage lag bei rund 20 Prozent. Die Daten der Umfrage sowie die Rückmeldungen der beteiligten Behörden müssen nun gesammelt und analysiert werden. Der Vergleich der beiden Versandwege soll Aufschluss über die Effektivität und die Kosten des Versands mit dem diplomatischen Kurier geben. Nach der Auswertung der Daten wird entschieden, ob weitere Versuche im Rahmen des Pilotprojekts durchgeführt werden sollen.

Das Postulat Silberschmidt beauftragt den Bundesrat nicht nur damit, den Einsatz des diplomatischen Kuriers in einem Pilotprojekt zu untersuchen, sondern auch zu prüfen, ob die Abgabe von eidgenössischen Wahl- und Abstimmungsunterlagen an Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer anderweitig angepasst werden soll. Spätestens im Frühjahr 2023 wird der Bundesrat in Form eines Postulatsberichts eine vertiefte Auswertung des Pilotprojekts sowie eine Auseinandersetzung mit anderen Verbesserungsmöglichkeiten vorlegen. (BK)

Der Blick hinter die Kulissen

Auf der Suche nach neuen Zustellwegen fürs Wahl- und Stimmmaterial – siehe Haupttext – wurde im Juni auch der Diplomatische Kurier eingesetzt. Doch was ist ein Diplomatischer Kurier überhaupt?

Der Diplomatische Kurier ist die Drehscheibe des Dokumenten- und Warenflusses zwischen der Zentrale des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Bern und den Vertretungen der Schweiz im Ausland. Grundlage der Geschäftstätigkeit des Diplomatischen Kuriers bilden die Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen von 1961. Sie sind 1964 in Kraft getreten.

Das diplomatische Kuriergepäck überbringt die amtliche Korrespondenz zwischen diplomatischer Vertretung im Aussennetz und Aussenministerium des Entsendestaats, sowie zwischen den anderen Missionen und Konsulaten des Entsendestaats. Dabei genießt es Unverletzlichkeit und darf während des Transports von Kontrollorganen weder geöffnet noch aufgehalten werden.

An der Zentrale des EDA in Bern wird die diplomatische Korrespondenz als Diplomatengepäck verpackt und als solches deklariert. Nach den Bestimmungen des Wiener Übereinkommens darf das Diplomatengepäck nur diplomatische Schriftstücke oder für den amtlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände enthalten. Das Diplomatengepäck wird in einen Beutel oder ein anderes Behältnis verpackt, welches mit einer Plombe versiegelt und als diplomatische Sendung gekennzeichnet wird. Dieses wird dann mit der normalen Post oder durch Kurierdienste wie DHL ins Ausland versendet.

Der Diplomatische Kurier in Bern verarbeitet jährlich über 18 000 eingehende und ausgehende diplomatische Kuriersendungen. All diese Sendungen ergeben ein Gewicht von insgesamt rund 160 Tonnen. (KD)



❶ Die Kurierhalle des EDA, in der die diplomatische Korrespondenz sorgfältig verpackt wird.

❷ Die administrative Betreuung ist erheblich: Sämtliche ausgehenden Sendungen werden erfasst.

❸ Das hier in einem grünen Beutel verpackte Diplomatengepäck wird mit einer Plombe versiegelt und als diplomatische Sendung gekennzeichnet.



Wahlen und Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «Vote-Info» der Bundeskanzlei.

Der Bundesrat hat beschlossen, dass am 28. November 2021 über folgende eidgenössische Vorlagen abgestimmt werden soll:

- Volksinitiative vom 7. November 2017 «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative) (BBl 2021 1488);
- Volksinitiative vom 26. August 2019 «Bestimmung der Bundesrichterrinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)» (BBl 2021 1490);
- Änderung vom 19. März 2021 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) (Härtefälle, Arbeitslosenversicherung, familienergänzende Kinderbetreuung, Kulturschaffende, Veranstaltungen) (AS 2021 153).

Volksinitiativen

Es sind keine neuen Volksinitiativen lanciert worden.

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter <https://www.bk.admin.ch> > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen

Konsularische Dienstleistungen

überall, komfortabel auf Ihren mobilen Geräten



Guichet en ligne DFAE
Online-Schalter EDA
Sportello online DFAE
Online desk FDFA

www.eda.admin.ch

Shanghai (2021)



© Yang Fan

Verantwortlich für die amtlichen Mitteilungen des EDA:
Konsularische Direktion,
Abteilung Innovation und Partnerschaften
Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz
www.eda.admin.ch, E-Mail: kdip@eda.admin.ch

Ein Rückblick auf die Pandemie als Comic



PATRICK CHAPPATTE:
«Au cœur de la vague»
Chappatte & Éditions
Les Arènes Paris, 2020
123 Seiten, CHF 36.–
Nur in Französisch erhältlich

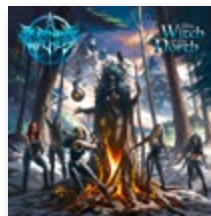
Was taten wir, als uns Ende Januar 2020 die ersten Nachrichten aus China über ein Virus, das die Atemwege schädigt, erreichten? Wie gingen wir im Februar 2020 über den ersten Fall in der Schweiz um? Wie reagierten wir auf den ersten Todesfall? Wie sahen unsere Zukunftsvisionen aus, als das Land am 16. März in einen fast vollständigen Lockdown ging? Die gezeichnete Reportage des Genfers Cartoonisten Patrick Chappatte ermöglicht uns einen Rückblick auf all die einschneidenden Momente, Ängste und Hoffnungen der ersten Corona-Welle. Chappattes Perspektive ist gleichzeitig privat und öffentlich. Er zeichnet seine eigene Isolation mit seiner Familie in

den Bergen. Und seine Qualen, die er litt, als ihn ein hartnäckiges Fieber ergriff und ihn dazu zwang, sich während einer Woche von seinen Nächsten zu isolieren. Später ergab eine serologische Analyse, dass er sich tatsächlich mit dem Virus angesteckt hatte. Damals hatten nur Personen, die schwere Symptome aufwiesen, Zugang zu einem Test. Das Land empfahl noch keine Masken. «Au cœur de la vague» gibt die Schlüsselmomente wieder, in der unsere Welt ins Unbekannte stürzte. Jede und jeder wird darin bekannte Eindrücke wiederfinden.

Der zweite Blickwinkel der Reportage zeigt das Innenleben des Genfer Unispitals (HUG), der grössten medizinischen Einrichtung der Schweiz. Obwohl er zurückgezogen in den Bergen lebte, sprach Chappatte am Telefon mit Professor Didier Pittet, Chefarzt Infektiologie des HUG. Ab dem 7. März lieferte ihm der Erfinder des hydroalkoholischen Gels Informationen aus erster Hand. Der Genfer Zeichner beschreibt die Strategie, die das HUG angesichts der zu erwartenden Patientenwelle umsetzte. Von seiner Erkrankung geheilt, wagte sich Chappatte in die Höhle des Löwen: die Intensivstation unter der Leitung von Professor Jérôme Pugin. Er beschreibt die Begegnung mit dem Tod. Das Weinen der Pflegerinnen und Pfleger angesichts von Menschen, die sterben, ohne dass ihre Familien sie zuvor hätten sehen können. Er übergibt das Wort einer Krankenpflegerin, die von ihren 12-Stunden-Tagen erzählt. Er lässt das Putzpersonal sprechen, das sich zum Teil freiwillig meldete, die kontaminierten Zimmer zu desinfizieren, in denen vom Virus infizierte Personen gepflegt werden. Er zeigt die Auswirkungen der Krise auf Sans-Papiers auf und wie Genf sich um die Menschen in den prekärsten Situationen gekümmert hat. Jedes der fünf Kapitel dieses sorgfältigen, äusserst empathischen Werks enthält Zeichnungen von Chappatte, die im betreffenden Zeitraum veröffentlicht wurden.

STÉPHAN HERZOG

Der Tradition und dem Pathos verpflichtet



BURNING WITCHES:
«The Witch Of The North».
Nuclear Blast, 2021

Sie haben das Genre nicht eben neu erfunden. Im Gegenteil, die Burning Witches stehen für einen konsequent traditionellen, um nicht zu sagen altmodischen Heavy Metal. Aber die Schweizerinnen haben das gewisse Etwas. Zum einen sind sie eine reine Frauenband, was im Metal nach wie vor Seltenheitswert hat und entsprechend Aufmerksamkeit erregt. Und sie vermarkten sich äusserst clever. Die Musikerinnen inszenieren sich als zeitlose Fantasy-Heldinnen, als Kriegerinnen oder Hexen, als starke Frauen, die nicht nur schön sind, sondern ebenso gefährlich.

Die effiziente Imagepflege in Kombination mit eingängigem, sehr gut durchchoreografiertem und professionell gespieltem Heavy Metal hat die Band um Gitarristin Romana Kalkuhl zuerst zur grossen Plattenfirma Nuclear Blast geführt, was einem Ritterschlag gleichkam, dann auf die Bühnen von so riesigen Festivals wie dem Wacken Open Air, und mit dem vierten Album «The Witch Of The North» nun auch in die obersten Regionen der Charts vieler Länder. Das Werk kletterte unter anderem in der Schweiz auf Platz sechs der Hitparade und – weit wichtiger – in Deutschland auf Platz 16. Das war mehr als ein Achtungserfolg. Und quasi als Beleg für die definitive Massentauglichkeit der Band erschien Romana Kalkuhl am Ende sogar auf der Titelseite des bekanntesten Schweizer Boulevardblatts.

Das Quintett hat mit dem neuen Werk die Erwartungen seiner breiten Hörerschaft ganz offensichtlich erfüllt. «The Witch Of The North», produziert von Marcel Schirmer von Destruction und V.O. Pulver von Gurd, ist ein Konzept-Album zum Thema nordische Mythologie geworden, auf dem die Burning Witches sowohl mit ihren Texten als auch der Gesamtästhetik vor Pathos und Klischees nicht zurückschrecken. Musikalisch bewegen sich die fünf Hexen einmal mehr im Bereich des traditionellen Metal der 80er-Jahre. Balladen wie «Lady Of The Woods» wechseln sich mit treibenden Nummern wie «Nine Worlds». Der Refrain von «We Stand As One» ist ebenso eingängig und prägnant wie jener von «Thrall». Und um klarzustellen, wo ihre musikalischen Wurzeln liegen, spielen der Burning Witches auf dem Album auch noch einen Song der gestandenen amerikanischen Power-Metal-Band Savatage.

Originell ist «The Witch Of The North» mitnichten, aber dagegen ist nichts einzuwenden. Denn mit seiner eisernen retrospektiven Ausrichtung versprüht das Werk einen Charme, der irgendwie an den unverblümt kitschigen und sympathisch unschuldigen Metal vergangener Tage erinnert.

MARKO LEHTINEN

Natallia Hersche



Gefängnis Nr. 4, Gomel, Weissrussland: Dort sitzt die 51-jährige St. Gallerin Natallia Hersche ein, nachdem sie Ende 2020 wegen «gewaltsamen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte» verurteilt worden war. Ihr Vergehen: Sie leistete an einer Demonstration von Frauen in Minsk «Widerstand gegen die Festnahme». Sie zog dabei einem Polizisten die sein Gesicht verbergende Sturmhaube vom Kopf – und das Textil wurde dabei «im Bereich des Augenschlitzes leicht beschädigt». Viele, die gegen Staatschef Alexander Lukaschenko protestieren, sind ihrer Freiheit beraubt. Aber warum verliess Natallia Hersche das angenehme Einfamilienhausmilieu in Bodenseeähe, um in Minsk zu demonstrieren? Der schweizerisch-weissrussischen Doppelbürgerin kam das Vorbild Schweiz in die Quere: Sie lebe in einer Demokratie, die den Menschen das Recht auf freie Meinungsäusserung und friedliche Versammlung garantiere. Solches erhoffe sie sich auch für das Land ihrer Herkunft. Für Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja ist sie wegen solchen Aussagen «ein Symbol unserer Revolution». Der Schweizer Botschafter in Minsk, Claude Allematt, setzt sich engagiert für Natallia Hersche ein. Für die Schweizer Diplomatie ist der Grat aber schmal: Die Schweiz hatte die Botschaft erst 2020 eröffnet, unter anderem mit dem erklärten Ziel, die Wirtschaftsbeziehungen zu dem von Lukaschenko eisern geführten Staat zu vertiefen. Natallia Hersche hingegen ist jedes Abwägen fremd. Sie hätte im April ein erstes Begnadigungsgesuch an Staatschef Lukaschenko richten können. Sie tat es nicht: «Ich werde dieses Regime um nichts bitten.» Welchen Preis sie für diese Beharrlichkeit bezahlt, wissen wir nicht.

MARC LETTAU

Olympischer Medaillensegen für die Schweiz

Die Olympischen Spiele von Tokio endeten für die Schweiz mit dem grössten Medaillensegen seit 1952: 13 Medaillen gingen an Schweizer Athletinnen und Athleten. Dank Belinda Bencic im Tennis, Schützin Nina Christen und Mountainbikerin Jolanda Neff waren drei davon goldene. Besonders eindrücklich waren Neffs Siegerbilder: Auf dem Podest standen links und rechts von ihr auch Schweizerinnen, Sina Frei (Silber) und Linda Indergand (Bronze). Einen Dreifachsieg gabs für die Schweiz zuletzt vor 85 Jahren im Kunstturnen, an den Spielen von 1936 in Berlin. (MUL)

Die Taliban überraschten auch die Schweiz

Die Machtübernahme in Afghanistan durch die Taliban überraschte auch die Schweizer Behörde. Anfang August bekräftigte sie noch, an der Rückführung abgewiesener Asylbewerber nach Afghanistan festzuhalten. Nur Tage später folgte die Wende: Abgewiesene Asylsuchende können nun ein Härtefallgesuch stellen und Bleiberecht beantragen. Zudem prüft die Schweiz die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge. Aus dem Land abgezogen hat die Schweiz ihre Entwicklungshelfer. (MUL)

Bundesrat Ignazio Cassis besucht Thailand

Bundesrat Ignazio Cassis hat im August im Rahmen seiner Südostasienreise Thailand besucht – und die Schweizer Diaspora wiederholte bei dieser Gelegenheit ihre Klage, sie könne sich vor Ort nicht impfen lassen. Cassis versicherte gemäss Medienberichten, er werde den Thai-Behörden empfehlen, auch Ausländerinnen und Ausländer zur Impfung zuzulassen, so wie das auch die Schweiz tue. Pragmatisch handelte die Schweizer Botschaft in Thailand: Sie vermittelte Impftermine in einem Privatspital. (MUL)

Der neue Mann an der Spitze des Freisinns

Der neue Präsident der FDP Schweiz dürfte Thierry Burkart heissen. Der 45-jährige Aargauer Ständerat ist der einzige Bewerber für das Amt. Seine Wahl soll im Oktober erfolgen. Burkart folgt auf Petra Güssi, welche der FDP einen grünen Kurs empfahl. Nach dem Volks-Nein zu dem von ihr befürworteten CO₂-Gesetz gab Güssi ihren Rücktritt bekannt. Burkart ist ein Kritiker von Güssis Klimakurs. Er politisiert im konservativen Flügel der Partei. (MUL)

Murat Yakin leitet neu die Schweizer Fussball-Elf

Der neue Trainer der Schweizer Fussballnationalmannschaft heisst Murat Yakin. Er folgt auf Vladimir Petkovic, der nach guter Bilanz diesen Sommer überraschend zurücktrat (siehe Seite 10). Yakin ist im Schweizer Fussball kein Unbekannter. Er klickte sehr erfolgreich im FC Basel und ist bundesligaerprobt. Als Trainer zählen Thun, Luzern, Basel und Spartak Moskau zu seinen Stationen. (MUL)

Wir brauchen goldene Momente.

Fafleralp, Wallis, © André Meier

Wir brauchen Schweiz.



Schweiz.

Jetzt den Herbst entdecken: [MySwitzerland.com/herbst](https://www.myswitzerland.com/herbst)
Teile deine schönsten Momente mit [#IneedSwitzerland](https://twitter.com/IneedSwitzerland)

